

Aktuelle Trends

*Gerhard Heimpold*

Die Unternehmenslücke zwischen  
Ost- und Westdeutschland – ein zentrales Problem  
der ostdeutschen Wirtschaft?

*Wolfram Kempe*

Neuer Trend in der Bildungsstruktur der  
Ost-West-Wanderung?

*Werner Gnoth*

Zur Stabilität ungarischer Banken

*Siegfried Beer*

Branchenskizze: Ostdeutsche Textilindustrie

*Bärbel Laschke*

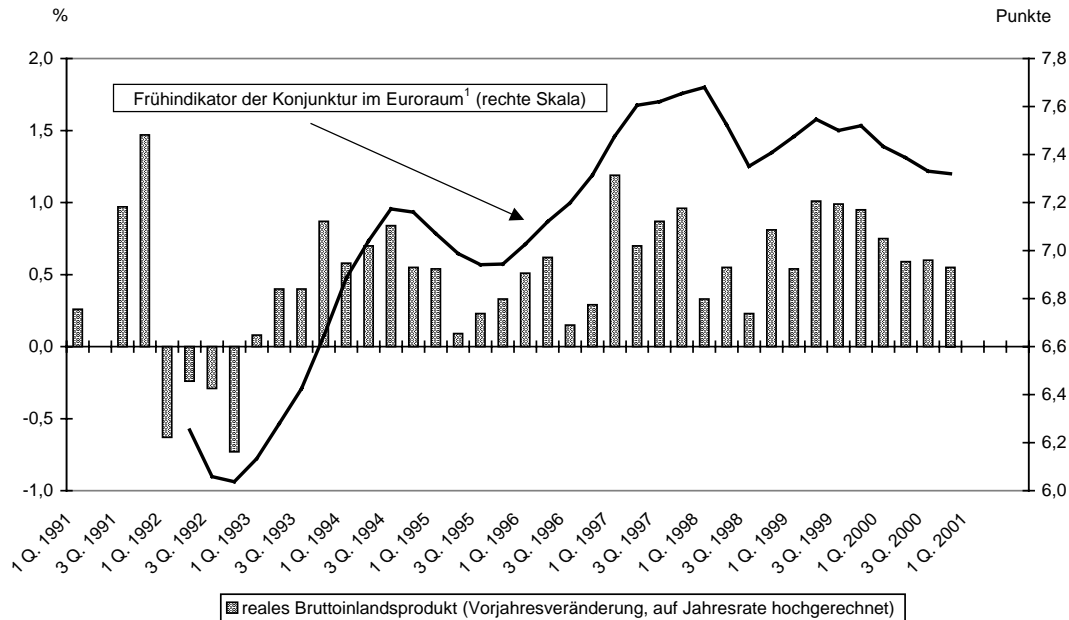
IWH-Industrienumfrage im Mai 2001

9/2001

28.06.2001, 7. Jahrgang

## Aktuelle Trends

### Konjunktur im Euroraum schwingt vorübergehend ab



<sup>1</sup> Indikatorwerte auf der Zeitachse um ein Quartal nach vorn versetzt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion<sup>a</sup> im Euroraum hat sich seit der Mitte des vergangenen Jahres merklich verlangsamt. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die im Verlauf des Jahres 2000 erheblich gestiegenen Preise für Erdöl und Erdgas sowie eine insgesamt deutliche Abkühlung der Weltkonjunktur. Die damit einhergehende Stimmungverschlechterung zeigt sich auch im Frühindikator<sup>b</sup>. So ist nach den jüngsten Umfragen der EU-Kommission das Verbrauchervertrauen im Euroraum, das lange Zeit stabil geblieben war, im Mai um zwei Punkte zurückgegangen. Die Konsumenten sind insbesondere im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten und die zukünftige Preisentwicklung weniger optimistisch gestimmt als noch zu Jahresbeginn. Auch hat das Vertrauen in der Industrie zur Jahresmitte hin nochmals nachgegeben. In diesem Wirtschaftsbereich war die Kapazitätsauslastung zuletzt um 0,7 Prozentpunkte gesunken. In der Bauwirtschaft zeichnet sich nach den gegenwärtigen Umfragen ein weiterer Stimmungsrückgang ab.

Bei dieser Entwicklung im Euroraum dürfte es sich aber alles in allem lediglich um eine konjunkturelle Delle handeln. Diese Einschätzung stützt sich wesentlich darauf, dass in den USA die bisher verfügbaren Indikatoren nicht auf eine Rezession hinweisen und dort von der Wirtschaftspolitik nunmehr deutliche expansive Impulse ausgehen. Die Europäische Zentralbank hat wohl mit der jüngsten Zinsentscheidung auch auf die Abschwächung der Konjunktur im Euroraum reagiert.

Michael Seifert ([mst@iwh-halle.de](mailto:mst@iwh-halle.de))

<sup>a</sup> Die Konjunktur wird hier durch das vierteljährlich berichtete reale Bruttoinlandsprodukt abgebildet.

<sup>b</sup> Der Indikator enthält die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die Baugenehmigungen, das Konsumentenvertrauen, die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage, die erwartete Richtung der Produktionsveränderung innerhalb der folgenden drei Monate sowie die Beurteilung des Auftragseinganges, des Auftragsbestandes, des Fertigwarenlagers und der Kapazitätsauslastung sowie die Aktienkurse. Diese werden von Eurostat aufbereitet und als *economic sentiment indicator* zur Verfügung gestellt. Zur Verbesserung der Prognosequalität berücksichtigt der IWH-Indikator zusätzlich die Zinsstruktur.

## Die Unternehmenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland – ein zentrales Problem der ostdeutschen Wirtschaft?

*Der Unternehmensbesatz gehört zu den zentralen Entwicklungsdeterminanten von Volkswirtschaften und Regionen, weil er den Wettbewerb, die Beschäftigung und das Innovationsgeschehen beeinflusst. In Ostdeutschland, wo seit Mitte der 90er Jahre der gesamtwirtschaftliche Aufholprozess ins Stocken geraten ist, ist der Befund zum Unternehmensbesatz ambivalent. Einerseits kann die Existenz von rund einer halben Million Selbstständiger und einer ähnlich großen Zahl von Unternehmen bei den Industrie- und Handelskammern sowie rund 157 000 Betrieben des Handwerks und handwerksähnlichen Gewerbes – verglichen mit der Ausgangssituation – als beachtlich angesehen werden. Trotz der Verbreiterung der Unternehmensbasis bleibt jedoch in Ostdeutschland eine deutliche Unternehmenslücke, gemessen an den Verhältnissen in den alten Ländern. Die Entwicklung des Gründungsgeschehens, wie sie näherungsweise an der Gewerbeanzeigenstatistik abgelesen werden kann, spricht nicht dafür, dass sich diese Lücke rasch schließt. Die Schaffung eines aufgeschlossenen Klimas für das Unternehmertum in den neuen Ländern bleibt daher als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung auf der Tagesordnung.*

### **Der Unternehmensbesatz als wichtige Wachstumsdeterminante**

Bei der Beantwortung der Frage, wie sich Regionen wirtschaftlich entwickeln, werden häufig zuerst die klassischen Entwicklungsdeterminanten der Human- und Sachkapitalausstattung einschließlich der Infrastruktur, die natürlichen Bedingungen und die Raumstrukturen betrachtet. Zu den entwicklungsbestimmenden Faktoren gehört jedoch auch der Unternehmensbesatz in einer Region. Ein hoher Unternehmensbesatz<sup>1</sup>, der sein „Saatbeet“ in einem regen Gründungsgeschehen, verbunden mit unvermeidlichen Marktaustritten unrentabler Unternehmen hat, lässt einen intensiven Strukturwandel und dadurch mehr Innovationen, mehr Wettbewerb und im Ergebnis von allem dem Wohlfahrtsgewinne erwarten.

Für die neuen Bundesländer, deren Unternehmensbesatz in diesem Beitrag untersucht wird, hat dieser Faktor noch zusätzliches Gewicht als Entwicklungsdeterminante. Dort waren wirtschaftliche Selbstständigkeit und privates Unternehmertum im marktwirtschaftlichen Sinne bis zur politischen Wende im Herbst 1989 gesellschaftspolitisch unerwünscht.<sup>2</sup> Privatwirtschaftliches Unternehmertum konnte sich erst nach dem Übergang zur Marktwirtschaft als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung entfalten und gehört seitdem zu den wichtigsten Faktoren des Strukturwandels in Ostdeutschland.

Zur Zeit wird viel darüber diskutiert, worin die Ursachen für die Lücke bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland liegen. Der Unternehmensbesatz war dabei bislang eher wenig im Blick. Die Befunde zum Unternehmensbesatz, die im Folgenden vorgestellt werden, geben Hinweise darauf, dass Defizite beim Unternehmensbesatz in Ostdeutschland möglicherweise wichtiger sind als bisher wahrgenommen. Der Unternehmensbesatz, der – wie nachfolgend gezeigt wird – deutlich geringer ausfällt als in den alten Ländern, könnte ein Moment sein, das den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland derzeit erschwert. Nicht zuletzt kann eine geringere Unternehmensdichte auch die Möglichkeiten zur Bildung von Netzwerken in den Regionen einschränken. Gerade forschungs-, absatz- oder zulieferorientierte Unternehmensnetzwerke, die sich auf eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen stützen, gelten heute als ökonomischer Erfolgsfaktor in prosperierenden Regionen.<sup>3</sup> Die Kausalität zwischen Unternehmensbestand und wirtschaftlichem Ergebnis wird dabei vermutlich keine einseitige sein: eine geringere Unternehmensdichte kann einerseits ein Grund für Unterschiede bei den gesamtwirtschaftlichen Er-

<sup>1</sup> Die Begriffe Unternehmensbesatz und Unternehmensdichte werden im Folgenden synonym verwendet. Unternehmensbesatz bzw. Unternehmensdichte werden als Zahl der Unternehmen je 10 000 Einwohner operationalisiert.

<sup>2</sup> Unmittelbar vor der deutschen Vereinigung existierten nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn noch 100 000 vollständig in Privatbesitz befindliche Kleinbetriebe, darunter etwa 80 000 private Handwerksbetriebe. Vgl. INSTITUT FÜR MITTELSTANDSFORSCHUNG BONN: Unternehmensgrößenstatistik 1992/93 – Daten und Fakten, in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Studienreihe Nr. 80. Bonn 1993, S. 283.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. SCHAMP, E. W.: Vernetzte Produktion: Industriegeographie aus institutioneller Perspektive. Darmstadt 2000, S. 70-85.

Tabelle:

Ausgewählte Indikatoren zur Abbildung des Unternehmensbesatzes und des Gründungsgeschehens nach Bundesländern

Bezeichnung des Indikators	Maßeinheit	Zeitraum/ Zeitpunkt	Region		Land				
			Neue Länder (Flächenländer)	Alte Länder (Flächenländer)	Brandenburg	Meckl.- Vorp.	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen
Selbstständige (Mikrozensus)	Anzahl in 1 000	2000 (Stand Mai)	492	2 847	103	58	172	70	89
	Veränderung in % <sup>c</sup>	Mai 2000/ April 1995	12,6	8,3	35,5	1,8	17,8	-11,4	12,7
	Zahl der Selbstständigen je 100 Erwerbstätige (Selbstständigenquote)	2000 (Stand Mai)	8,2	10,1	9,0	7,4	9,0	6,6	8,1
IHK-zugehörige Unternehmen <sup>a</sup>	Anzahl	1.1.2001	509 353	2 903 652	97 532	63 325	170 589	81 338	96 569
	Veränderung in % <sup>c</sup>	1.1.2001/ 1.1.1995	14,6	16,9	11,5	20,0	18,3	6,9	15,0
	Anzahl je 10 000 Einwohner	1.1.2001	366	465	375	355	383	308	395
Vollhandwerks- betriebe und Betriebe des hand- werksähnlichen Gewerbes	Anzahl	31.12.2000	157 230	655 077	30 807	18 209	52 174	26 875	29 165
	Veränderung in % <sup>c</sup>	31.12.2000/ 1.1.1995	14,0	7,6	23,4	18,7	11,1	8,2	12,9
	Anzahl je 10 000 Einwohner	31.12.2000	113	105	118	102	117	102	119
Umsatzsteuer- pflichtige	Anzahl	1999	401 302	2 277 378	76 790	49 744	134 512	67 159	73 097
	Anzahl je 10 000 Einwohner	1999	288	365	295	278	302	254	298
Gewerbe- anmeldungen	Anzahl	1996-2000	648 172	2 968 167	123 230	79 311	219 550	111 324	114 757
		1996	133 582	580 435	25 009	15 561	45 337	22 735	24 940
		2000	117 450	579 380	22 407	14 813	39 433	19 892	20 905
	Veränderung in % <sup>c</sup>	2000/1996	-12,1	-0,2	-10,4	-4,8	-13,0	-12,5	-16,2
Gewerbe- abmeldungen	Anzahl	1996-2000	570 925	2 552 762	104 360	67 886	186 930	105 140	106 609
		1996	111 283	483 200	20 544	12 092	36 167	20 316	22 164
		2000	112 931	500 120	19 882	15 220	36 981	20 866	19 982
	Veränderung in % <sup>c</sup>	2000/1996	1,5	3,5	-3,2	25,9	2,3	2,7	-9,8
Nettogewerbe- anmeldungen <sup>b</sup>	Anzahl	1996-2000	77 247	415 405	18 870	11 425	32 620	6 184	8 148
		1996	22 299	97 235	4 465	3 469	9 170	2 419	2 776
		2000	4 519	79 260	2 525	-407	2 452	-974	923
	Veränderung in % <sup>c</sup>	2000/1996	-79,7	-18,5	-43,4	-111,7	-73,3	-140,3	-66,8
	Anzahl je 10.000 Einwohner	1996-2000	55	67	73	63	73	23	33
		1996	16	16	17	19	20	9	11
		2000	3	13	10	-2	6	-4	4

<sup>a</sup> Ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragene Unternehmen und Kleingewerbetreibende. – <sup>b</sup> Nettogewerbeanmeldungen = Gewerbeanmeldungen ./ Gewerbeabmeldungen. – <sup>c</sup> Veränderungsrate in % auf der Grundlage der absoluten Werte.

Quellen: Zentralverband des Deutschen Handwerks; Deutscher Industrie- und Handelstag/IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Geschäftsstelle Dortmund, Abteilung Kundenservice; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

gebnissen sein, und umgekehrt kann ein schwaches Wirtschaftswachstum das Entstehen neuer Unternehmen behindern.

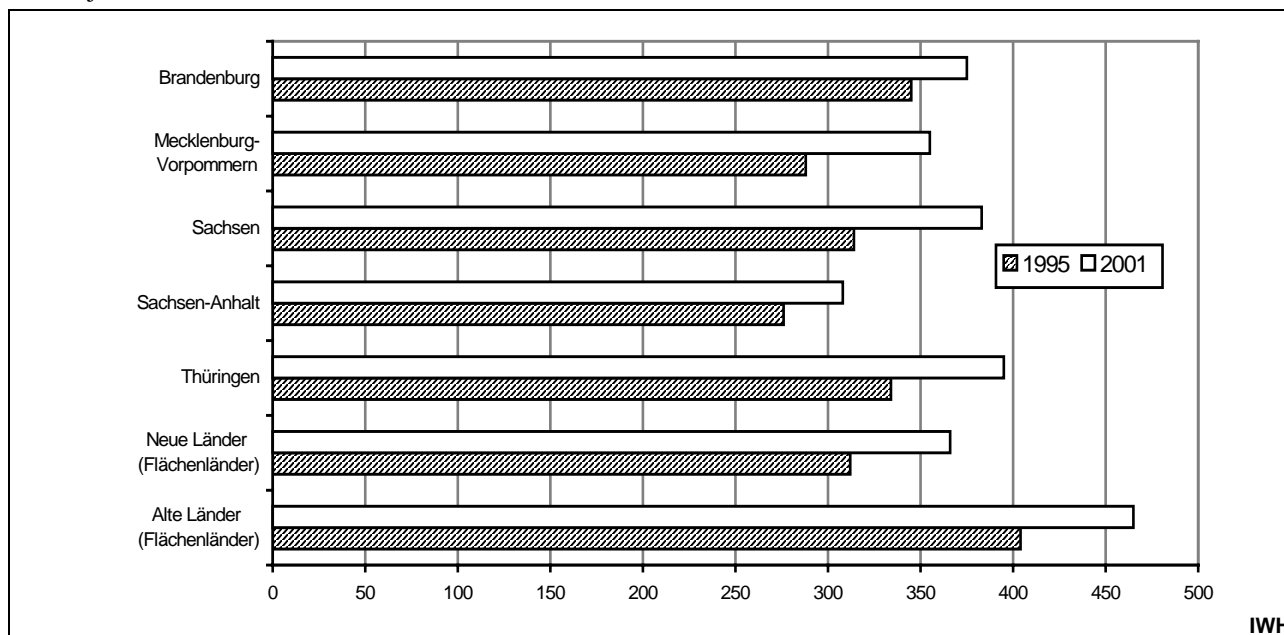
Selbstverständlich sind neben dem quantitativen Bestand an Unternehmen auch die Unternehmensgröße und die qualitativen Merkmale der bestehenden Unternehmen, z. B. die Managementfähigkeiten, die Innovationsbereitschaft u. a. m. für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich aber auf den Vergleich der quantitativen Ausstattung mit

Unternehmern bzw. Unternehmen in Ost- und Westdeutschland.

Aus der Tabelle und aus der Abbildung 1 ist zu entnehmen, dass es auch innerhalb Ostdeutschlands zwischen den einzelnen Ländern deutliche Unterschiede beim Unternehmensbesatz gibt, die aber im Rahmen dieses Beitrages nicht näher untersucht werden.

Die Untersuchung erfolgt möglichst zeitnah – zumeist auf der Grundlage von Daten für das Jahr 2000 bzw. der Entwicklung seit 1995. Anhand aus-

Abbildung 1:  
Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen je 10 000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 2001  
- Stand jeweils 1. Januar -



Quelle: Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Deutschen Industrie- und Handelstages/IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Geschäftsstelle Dortmund, Abteilung Kundenservice und des Statistischen Bundesamtes.

gewählter wichtiger Indikatoren wird zuerst der Bestand an Selbstständigen und Unternehmen, anschließend das Gründungsgeschehen untersucht.

#### **Defizite bei der Zahl der Selbstständigen und beim Unternehmensbesatz in Ostdeutschland**

Über die Zahl der Personen, die bereit sind, wirtschaftliche Risiken auf sich zu nehmen und am Markt als Unternehmer tätig zu werden, gibt näherungsweise die Zahl der Selbstständigen und die Selbstständigenquote Auskunft. Es handelt sich hierbei um hochgerechnete Daten, die im Rahmen des Mikrozensus ermittelt werden. Es liegt im Ermessen der Befragten, ob sie sich als abhängig beschäftigt oder als selbstständig tätig ansehen. Mit hin weist die ausgewiesene Selbstständigenquote eine gewisse Unschärfe auf, die zusätzlich noch durch das Problem der sogenannten Scheinselbstständigkeit verstärkt wird.<sup>4</sup> Gleichwohl dürfte der regionale Vergleich brauchbare Informationen liefern, weil die genannten Unschärfen vermutlich in allen Regionen dieselbe Rolle spielen.

Im Jahr 2000 (Stand Mai) gab es in den neuen Ländern 492 000 Selbstständige<sup>5</sup>, in den alten Ländern waren es 2 847 000. Im Vergleich zum Jahr 1995 (Stand April) war die Selbstständigenzahl in den neuen Ländern um 12,6% und in den alten Ländern um 8,3% gestiegen. Die *Selbstständigenquote*, d. h. der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen insgesamt, lag in den neuen Ländern im Jahr 2000 bei 8,2% und in den alten Ländern bei 10,1%. In sämtlichen ostdeutschen Ländern lagen die Selbstständigenquoten unter dem Durchschnittswert in den alten Ländern. Unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Selbstständigenquote der alten Länder müsste die Selbstständigenzahl in den neuen Ländern um rund 113 000 Personen größer sein. Es bleibt also – im Vergleich zu den alten Ländern – eine Lücke bei der Zahl der Selbstständigen bestehen. Zwar kann auf international vergleichende Studien verwiesen werden, die keinen Zusammenhang zwischen Selbstständigenquote und wirtschaftlicher Prosperität konstatie-

<sup>4</sup> Vgl. zur Aussagekraft des Indikators Selbstständigenquote z. B. WEISS, P.: Entwicklung von Existenzgründungen. Eine Bestandsaufnahme, in: Ridinger, R.; Weiss, P. (Hrsg.), Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung. Berlin 1999, S. 41-59, hier speziell S. 44-46.

<sup>5</sup> Vgl. zu diesen und weiteren statistischen Angaben die Tabelle „Ausgewählte Indikatoren zur Abbildung des Unternehmensbesatzes und des Gründungsgeschehens nach Bundesländern“ in diesem Beitrag. Bei der räumlichen Abgrenzung „Neue Länder“ oder „Alte Länder“ handelt es sich, sofern dies nicht ausdrücklich anders angemerkt ist, jeweils um die Flächenländer.

ren.<sup>6</sup> Beim innerdeutschen Vergleich ist eine hohe bzw. steigende Selbständigenquote in den neuen Ländern dennoch positiv zu bewerten, weil dort die wirtschaftliche Selbstständigkeit über Jahrzehnte keine Entfaltungsmöglichkeiten hatte und erst seit Beginn der 90er Jahre zum Tragen kommen konnte.

Die geringere Zahl der Selbstständigen hat ihre Entsprechung in einer „Unternehmenslücke“. Dies zeigt sich am *Besatz mit Unternehmen, die zu den Industrie- und Handelskammern (IHK) gehören* (ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragene Unternehmen und Kleingewerbetreibende). In den neuen Ländern wurden per 1.1.2001 rund 509 000 IHK-zugehörige Unternehmen gezählt, in den alten Ländern rund 2 904 000. Seit 1995 hat deren Zahl in den neuen Ländern um 14,6% und damit etwas weniger stark als in den alten Ländern zugenommen, in denen der Zuwachs bei 16,9% lag. Der *Besatz an Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern zugehörig sind*, fiel in den ostdeutschen Flächenländern mit 366 Unternehmen je 10 000 Einwohner um 99 Unternehmen geringer als in den alten Ländern aus (vgl. Abbildung 1). Mit anderen Worten: Würde der Unternehmensbesatz in den alten Bundesländern zugrundegelegt werden, müssten in den neuen Ländern rund 138 000 Unternehmen mehr existieren.

Anders sieht es bei den Betrieben des Vollhandwerks und des handwerksähnlichen Gewerbes aus.<sup>7</sup> Deren Zahl betrug am Ende des Jahres 2000 in den neuen Ländern rund 157 000 und in den alten Ländern rund 655 000. Im Vergleich zum Jahr 1995 (1.1.) ist die Betriebszahl in den neuen Ländern um 14% und in den alten Ländern um 7,6% gestiegen. Der *Besatz mit Handwerksbetrieben einschließlich des handwerksähnlichen Gewerbes je 10 000 Einwohner* lag in den neuen Ländern per

31.12.2000 insgesamt mit 113 Betrieben über dem westdeutschen Durchschnitt (105 Betriebe).

Auf den ersten Blick scheint der überdurchschnittliche *Besatz mit Handwerksbetrieben* in Ostdeutschland den zuvor festgestellten unterdurchschnittlichen *Besatz mit Unternehmen* im Bereich der Industrie- und Handelskammern zumindest teilweise aufzuwiegen. Eine solche „Aufrechnung“ erscheint jedoch als problematisch. Der hohe *Besatz mit Handwerksbetrieben* ist Ausdruck eines nach wie vor großen Gewichtes von Betrieben des Baugewerbes im ostdeutschen Handwerk.<sup>8</sup> Das Baugewerbe durchläuft aber derzeit einen starken Schrumpfungsprozess. Dies relativiert den Befund eines überdurchschnittlichen *Besatzes mit Handwerksbetrieben*.<sup>9</sup>

Der anhand der Selbstständigen- und Unternehmenszahlen herausgearbeitete Befund über eine Unternehmer- und Unternehmenslücke in den neuen Ländern findet auch eine Bestätigung, wenn man die *Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen* als grobe Messgröße des Unternehmensbestandes heranzieht. Trotz einiger methodischer Beschränkungen, die bei der Ermittlung des Unternehmensbestandes auf Grundlage der Umsatzsteuerstatistik in

<sup>6</sup> Vgl. RIDINGER, R.; WEISS, P.: Existenzgründungen in der Mittelstandspolitik, a. a. O., S. 18 f.

<sup>7</sup> Um einen Vollhandwerksbetrieb im Sinne der Handwerksordnung handelt es sich, „... wenn er handwerksmäßig betrieben wird und ein Gewerbe vollständig umfasst, das in der Anlage A (zur Handwerksordnung, Anmerkung des Verf.) aufgeführt ist, oder Tätigkeiten ausgeübt werden, die für dieses Gewerbe wesentlich sind ...“. (Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) In der Fassung der Bekanntmachung vom 24.9.1998 BGBl I, S. 3074, § 1 (2). Von Vollhandwerksbetrieben werden handwerksähnliche Betriebe unterschieden. Handwerksähnlich ist ein Gewerbe, „... wenn es in einer handwerksähnlichen Betriebsform betrieben wird und in der Anlage B zu diesem Gesetz (Handwerksordnung, Anmerkung des Verf.) aufgeführt ist.“ (ebd., § 18 (2)).

<sup>8</sup> Die Betriebe der Gewerbegruppe Bau- und Ausbaugewerbe hatten nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks am Ende des Jahres 2000 in den neuen Ländern (Flächenländer) einen Anteil von 26,7% und in den alten Ländern (einschließlich Berlin, Bremen und Hamburg) einen Anteil von 24,2% an der Gesamtzahl der Vollhandwerksbetriebe. Möglicherweise unterzeichnet jedoch die Statistik nach Gewerbegruppen die Bedeutung des Baugewerbes im ostdeutschen Handwerk, weil auch Betriebe anderer Gewerbe baunah sein können, z. B. solche aus dem Elektro- und Metallgewerbe und aus dem Holzgewerbe. Indizien für ein höheres Gewicht des Baugewerbes lieferte beispielsweise die Handwerkszählung aus dem Jahr 1995. Danach betrug der Anteil der Handwerksunternehmen des Baugewerbes (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – WZ 93) in den neuen Ländern einschließlich Berlin Ost 44% und im früheren Bundesgebiet 41%. Das wirtschaftliche Gewicht dieser Bauhandwerksunternehmen war in den neuen Ländern noch größer, wenn man es an den Beschäftigtenanteilen und Umsatzanteilen misst. Der Anteil der Beschäftigten in Bauhandwerksunternehmen lag laut Handwerkszählung am 30.09.1994 in den neuen Ländern einschließlich Berlin Ost bei 57% und im früheren Bundesgebiet bei 39%. Die Umsatzanteile betrugen 54% bzw. 40%. Vgl. VELDHUES, B.: Ausgewählte Ergebnisse der Handwerkszählung vom 31. März 1995, in: Wirtschaft und Statistik 8/1996, S. 487-497, hier speziell S. 497.

<sup>9</sup> Eine Addition der Zahl der Unternehmen, die bei den IHK registriert sind und der Betriebe, die bei den Handwerkskammern erfasst werden, erscheint auch aus formalen Gründen nicht zweckmäßig, weil es Doppelerfassungen gibt.

Rechnung zu stellen sind,<sup>10</sup> soll diese Statistik hier herangezogen werden, um die bisherigen Befunde zur Unternehmenslücke zu überprüfen. In den neuen Ländern gab es im Jahr 1999 rund 401 000 Umsatzsteuerpflichtige und in den alten Ländern rund 2 277 000. Die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen blieb mit rund 288 je 10 000 Einwohner deutlich unter dem westdeutschen Vergleichswert von 365. Der Umstand, dass die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen deutlich kleiner als beispielsweise die Zahl der Selbstständigen ist, kann vor allem mit dem Herausfallen von Kleinstunternehmen mit Umsätzen bis 32 500 DM und mit der weitgehenden Befreiung von Unternehmen der freien Heilberufe von der Umsatzsteuerpflicht erklärt werden.

### **Defizite bei den Gewerbeanmeldungen in den neuen Ländern**

Die oben ausgewiesenen Veränderungen beim Unternehmensbestand sind Nettoveränderungen. Hinter diesen Nettoveränderungen stehen Gründungen neuer Unternehmen und Schließungen von bestehenden Unternehmen. Im Folgenden wird die *Gewerbeanzeigenstatistik* ausgewertet, um sowohl die Nettoveränderung der Zahl der Gewerbe als auch – separat – die dahinter stehenden Bruttogrößen (Gewerbean- und -abmeldungen) untersuchen zu können.

Das Hinzukommen neuer und das Ausscheiden vorhandener Betriebe lässt sich grundsätzlich auch noch anhand anderer Datenquellen abbilden. Zu diesen Datenquellen gehören vor allem die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten<sup>11</sup> und die Statistik der Betriebe im Bergbau und

Verarbeitenden Gewerbe<sup>12</sup>, aus denen jeweils Betriebspanels generiert werden können. Ferner werden in der empirischen Gründungsforschung die Datenbestände von CREDITREFORM genutzt, die vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, zu Paneldateien verarbeitet werden.<sup>13</sup> Auf diese Weise lässt sich in Längsschnittanalysen die Entwicklung der einzelnen Unternehmen und Betriebe nachvollziehen. Speziell für die geförderten Existenzgründungen sind auch die Datenbestände der Deutschen Ausgleichsbank im Bereich Existenz- und Unternehmensgründung von Bedeutung.

Im Folgenden werden aber zur Gewinnung von Informationen über Ost-West-Unterschiede beim Gründungsgeschehen im Rahmen einer Querschnittsbetrachtung die Daten der Gewerbeanzeigenstatistik verwendet. Diese Daten liegen sehr zeitnah vor.

Die Verwendung von Daten aus der *Gewerbeanzeigenstatistik* ist allerdings mit verschiedenen Problemen behaftet, die zu einer Unter- oder Überzeichnung des Gründungsgeschehens führen können. So bedeutet nicht jede Gewerbeanmeldung, dass das angemeldete Gewerbe tatsächlich ausgeübt wird. Es muss sich nicht bei jedem angemeldeten Gewerbe um eine Vollerwerbs-Existenz handeln, sondern es kann auch als Nebenerwerb ausgeübt werden. Neben tatsächlichen Gründungen können auch formale Vorgänge, z. B. ein Wechsel der Rechtsform, eine Gewerbeanzeige auslösen.<sup>14</sup>

Diese Mängel in der Aussagefähigkeit der Gewerbeanzeigenstatistik sind unbestritten. Dennoch können die Gewerbeanzeigendaten Indizien für die Abbildung der relativen Position der neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern beim Gründungsgeschehen und zur Abbildung von Veränderungen liefern. Im Folgenden wird zunächst die

<sup>10</sup> Die Zahl der erfassten Steuerpflichtigen wird durch die Regelungen des Umsatzsteuergesetzes beeinflusst. Daraus resultieren Untererfassungs-Probleme: Es werden nur Unternehmen mit Umsätzen von mehr als 32 500 DM erfasst, und es existieren verschiedene Ausnahmetatbestände im Sinne von Befreiungen von der Umsatzsteuer laut § 4 UStG (betrifft z. B. Exporte, Umsätze der Land- und Forstwirtschaft, der Wissenschaft und Bildung, des Staates sowie des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, freiberufliche Ärzte und andere Heilberufe). Vgl. ausführlicher zur Aussagekraft der Umsatzsteuerstatistik: LAGEMAN, B.; LÖBBE, K., u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 27. Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Essen 1999, S. 67.

<sup>11</sup> Vgl. z. B. FRITSCH, M.; NIESE, M.: Betriebsgründungen in den westdeutschen Raumordnungsregionen von 1983-97. Freiberg Working Papers #20/1999.

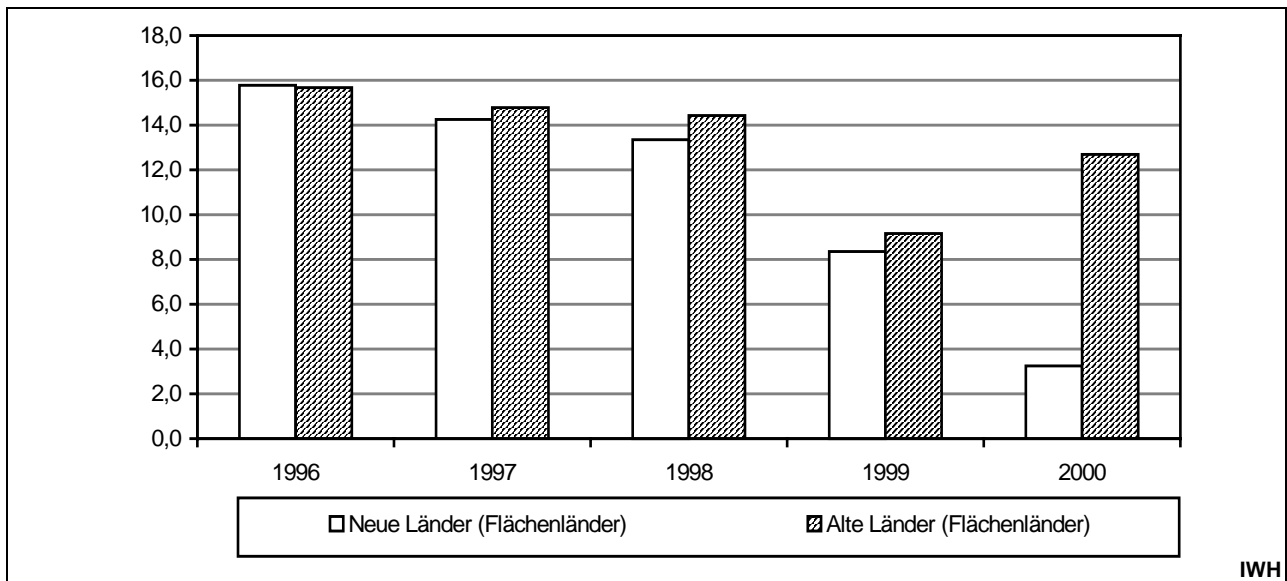
<sup>12</sup> Vgl. z. B. FRITSCH, M.; NIESE, M.: Identifikation von Betriebsgründungen und -schließungen aus der amtlichen Statistik des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, in: Statistisches Bundesamt: Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik. Spektrum Bundesstatistik, Bd. 14. Wiesbaden/Stuttgart 1999, S. 78-96.

<sup>13</sup> Vgl. z. B. STEIL, F.: Unternehmensgründungen in Ostdeutschland. ZEW Dokumentation Nr. 96-01.

<sup>14</sup> Vgl. zu diesen und anderen Einschränkungen der Aussagekraft der Gewerbeanzeigenstatistik z. B. STRUCK, J.: Gründungsstatistik als Informationsquelle der Wirtschaftspolitik. Eine empirische Analyse statistischer Quellen mit internationalem Vergleich. FGF Entrepreneurship Research Monographien, Bd. 13. Köln-Dortmund 1998, S. 74-80.

Abbildung 2:

Nettogewerbeanmeldungen<sup>a</sup> je 10 000 Einwohner in den neuen und alten Ländern in den Jahren 1996-2000



<sup>a</sup> Nettogewerbeanmeldungen = Gewerbeanmeldungen ./. Gewerbeabmeldungen.

Quelle: Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes.

Entwicklung der Gewerbeanmeldungen, anschließend jene der Gewerbeabmeldungen und des Saldos aus beiden Größen einschließlich eines Ost-West-Vergleichs der Pro-Kopf-Nettogewerbeanmeldungen betrachtet:

- In den neuen Ländern gab es im Jahr 2000 rund 117 500 *Gewerbeanmeldungen*. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen war um 12,1% niedriger als jene im Jahr 1996. In den alten Ländern stagnierte im Vergleich dieser beiden Jahre die Zahl der Gewerbeanmeldungen faktisch (-0,2%).<sup>15</sup> Eine rückläufige Entwicklung der Zahl der Gewerbeanmeldungen gab es in allen fünf ostdeutschen Flächenländern.
- Zusätzlich stieg im Vergleich dieser beiden Jahre die Zahl der *Gewerbeabmeldungen* in den neuen Ländern insgesamt um 1,5% auf rund 113 000. In den alten Ländern stieg sie um 3,5%.
- Im Ergebnis der rückläufigen Gewerbeanmeldungen und der steigenden Gewerbeabmeldungen hat sich in Ostdeutschland insgesamt die Zahl der *Nettogewerbeanmeldungen* auf rund 4 500, d. h. ein Fünftel des Wertes von 1996 verringert. Die rückläufige Zahl der Netto-

werbeanmeldungen ist in den neuen Ländern – wie oben gezeigt – vor allem auf den Rückgang der Zahl der Gewerbeanmeldungen und weniger auf die Zunahme der Gewerbeabmeldungen zurückzuführen. In den alten Ländern ging die Zahl der Nettogewerbeanmeldungen wesentlich weniger – auf rund vier Fünftel – zurück. Je 10 000 Einwohner gab es im Gesamtzeitraum 1996 bis 2000 in den neuen Ländern 55 Nettogewerbeanmeldungen, in den alten Ländern 67. Lagen die neuen Länder bei den Nettogewerbeanmeldungen im Jahr 1996 noch gleichauf mit jenen in den alten Ländern, ist der positive Saldo inzwischen im Jahr 2000 mit 3 je 10 000 Einwohnern im Osten wesentlich kleiner als in den alten Ländern, in denen er sich auf 13 belief (vgl. Abbildung 2).

Alles in allem zeigte sich in den neuen als auch in den alten Ländern anhand der Gewerbeanzeigenstatistik ein Nachlassen des Gründungsgeschehens, wobei dieses Nachlassen in den neuen Ländern deutlich stärker ausfiel. Die ungünstigere Entwicklung in den neuen Ländern hatte dazu geführt, dass im Zeitraum 1996-2000 insgesamt in den alten Ländern – relativ zur Einwohnerzahl – mehr Nettogewerbeanmeldungen zu verzeichnen waren als in den neuen Ländern. Die Gewerbeanzeigenstatistik gibt also wenig Hoffnung, dass sich die Unternehmenslücke rasch schließt.

<sup>15</sup> Betrachtet man nur die Zahl der Neuerrichtungen von Betrieben (ohne Kleingewerbetreibende), so gab es allein im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr in den neuen Ländern einen Rückgang dieser Zahl um 14,8%, während der Rückgang in den alten Ländern „nur“ bei 3,7% lag.



## Fazit

Die Befunde zur Unternehmer- bzw. Unternehmensdichte in den neuen Ländern sind ambivalent. Auf der Positivseite stehen rund eine halbe Million Selbstständige und eine ebenso große Zahl von Unternehmen bei den IHK sowie rund 157 000 Betriebe bei den Handwerkskammern. Dies ist, gemessen an der Ausgangslage, ein beachtlicher Fortschritt, der sich in einem historisch kurzen Zeitraum vollzogen hat.

Das Erreichte wird relativiert, weil im Vergleich zu den alten Ländern die Zahl der Selbstständigen und der Unternehmen im Bereich der IHKs deutlich geringer ist, wenn man westdeutsche Selbstständigenquoten und Unternehmensbesätze zugrunde legt. Daran ändert auch der überdurchschnittliche Besatz mit Handwerksbetrieben nichts Grundsätzliches. Anlass zur Sorge gäbe die Selbstständigen- bzw. Unternehmenslücke nicht, wenn es eine ungebrochene Gründungsdynamik gäbe. Diese hat jedoch nachgelassen, wie aus den rückläufigen Gewerbeanmeldungen abgelesen werden kann.

Die Ursachen für Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Unternehmensdichte konnten im Rahmen dieses Überblicksbeitrages nicht untersucht werden. Die Gründungs-Forschung nennt eine Vielzahl von Einflussfaktoren auf regionale Unterschiede der Gründungshäufigkeit, zu denen insbesondere das in der Region vorhandene Potenzial an

Gründungswilligen, deren Qualifikation, die Sektoralstruktur in der Region, die lokale Standortqualität, die finanziellen Voraussetzungen, aber auch schwer messbare soziokulturelle und psychologische Determinanten auf der Individualebene gehören.<sup>16</sup> Die Untersuchung der Gründe für die Ost-West-Unterschiede bei der Unternehmensdichte bleibt vertiefenden Studien vorbehalten.

Vorbehaltlich vertiefender Studien liegt aber bereits jetzt die Schlussfolgerung nahe, dass die Schließung der Unternehmenslücke eine wichtige Herausforderung für die Politik ist. Der politische Handlungsbedarf zur Schließung der Selbstständigen- und Unternehmenslücke besteht aber kaum in der Schaffung zusätzlicher finanzieller Fördermöglichkeiten. Vielmehr ist die Verbreiterung der Unternehmensbasis eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die weit über die finanzielle Förderung hinausgeht, die Zeit beansprucht und sich an viele Akteure richtet: an die Schulen, die die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Unternehmertum fördern können, an die Hochschulen, um Absolventen zum Sprung in die wirtschaftliche Selbstständigkeit zu befähigen und an die staatlichen und kommunalen Instanzen, um generell günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmensentwicklung zu gewährleisten.

Gerhard Heimpold  
(ghp@iwh-halle.de)

## Neuer Trend in der Bildungsstruktur der Ost-West-Wanderung?

*Das Wanderungsgeschehen zwischen Ost- und Westdeutschland war von 1992 bis 1997 durch abnehmende Wanderungsverluste der neuen Länder bei hohen Wanderungsströmen in beiden Richtungen gekennzeichnet. Seit 1998 ist die Abwanderung aus Ostdeutschland jedoch wieder etwas gestiegen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Abwanderung im Wesentlichen durch Zuwanderung aus dem Ausland ausgeglichen wird.*

*Trotz des negativen Wanderungssaldos war in der Vergangenheit hinsichtlich der Bildungsstruktur der Ost-West-Migration eine positive Bilanz für Ostdeutschland zu verzeichnen. So zeigt eine Analyse auf Basis der Individualdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für den Zeitraum 1992 bis 1997, dass zwar meist junge Erwachsene mit überdurchschnittlicher Bildung Ostdeutschland verließen, die Zuwanderer aus den alten Län-*

*dern jedoch ebenfalls jung und noch deutlich stärker von Hochqualifizierten dominiert wurden. Der kumulierte Wanderungssaldo der neuen Bundesländer von Personen mit dem höchsten Bildungsniveau war damit positiv.*

*Für den aktuellen Rand gibt es Anzeichen für einen Wandel der Situation. Während für die West-Ost-Migration keine wesentlichen Strukturveränderungen festzustellen sind, hat sich der Anteil der Höchstqualifizierten bei den Abwanderern aus Ostdeutschland verdoppelt. Es kommt im Analysezeitraum 1997 bis 1999 zu negativen Wanderungssalden bei den mittleren und hohen Qualifikationen.*

<sup>16</sup> Vgl. z. B. STEIL, F.: Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer. ZEW-Wirtschaftsanalyse, Bd. 34. Baden-Baden 1999, hier speziell S. 93-96.

### **Quantitativ ausgeglichener Wanderungssaldo seit 1992**

Migrationsströme verursachen Veränderungen des Humankapitalbestandes. Je nach Wanderungssaldo (quantitative Dimension) und Qualifikationsstruktur der Zu- und Fortwanderung (qualitative Dimension) ergibt sich ein Verlust oder Gewinn an Humankapital. Das verkörperte Wissen determiniert wiederum maßgeblich das Entwicklungspotenzial einer Volkswirtschaft. Insbesondere im Hinblick auf das ökonomische Potenzial Ostdeutschlands sind gut ausgebildete Menschen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Aufholprozess. Man kann jedoch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bisher nicht davon ausgehen, dass Wissen der limitierende Faktor für das Wirtschaftswachstum Ostdeutschlands ist.

Die Abwanderungswelle Ostdeutscher von 1989 bis 1991 ist relativ schnell abgeebbt und einer weithin ausgeglichenen Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland gewichen. Der Fortgang von fast einer Million Menschen kurz nach dem Mauerfall kann als singuläres Ereignis aufgefasst werden, welches auch mit einem hohen Initialverlust an Humankapital einherging.

Seit 1992 kann jedoch von einer relativ schnellen Angleichung der Wanderungsströme gesprochen werden. Von 1992 bis Mitte 2000 haben 1,5 Mio. Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland stattgefunden sowie etwa 1,2 Mio. Wande-

Tabelle 1:

Umfang der Wanderungsbewegung zwischen Ost- und Westdeutschland 1992 bis Mitte 2000  
- in 1 000 Personen -

Jahr	Ost-West-Wanderungen	West-Ost-Wanderungen <sup>a</sup>	Saldo neue Bundesländer	Nachrichtlich: Saldo NBL mit dem Ausland
1992	199	111	-88	+90
1993	172	119	-53	+77
1994	163	136	-27	+62
1995	168	143	-25	+64
1996	166	152	-14	+49
1997	168	157	-10	+18
1998	182	152	-31	+13
1999	196	152	-44	+26
2000 (1. Hj.)	88	69	-19	.
Summe	1 502	1 191	-311	+399

<sup>a</sup> Zu den West-Ost-Wanderungen zählt auch die Suburbanisierung der Westberliner in das Brandenburger Umland, obwohl in der Regel die Arbeitsplätze im ehemaligen Westteil Berlins beibehalten werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Differenzen durch Rundung).

rungen in die Gegenrichtung (vgl. Tabelle 1). Damit hat Ostdeutschland im betrachteten Zeitraum gut 300 000 Einwohner per saldo durch Abwanderung in die alten Bundesländer verloren.

Dies entspricht einem Anteil von 2% der ostdeutschen Bevölkerung. Berücksichtigt man jedoch, dass im selben Zeitraum per saldo etwa 400 000 Personen aus dem Ausland nach Ostdeutschland zugewandert sind, wird deutlich, dass die Abwanderung nicht für den Bevölkerungsrückgang der neuen Länder verantwortlich zu machen ist. Der Bevölkerungsrückgang Ostdeutschlands ist seit 1992 ausschließlich auf des Geburtendefizit zurück zu führen.

### **Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Basis für qualitative Analysen**

Um die Bedeutung für den Humankapitalbestand abzuschätzen, sind zusätzlich zum Umfang der innerdeutschen Migration auch Kenntnisse zur Ausbildung der Zu- und Fortwanderer erforderlich. Dazu sind Datensätze mit Individualinformationen notwendig, wie sie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)<sup>17</sup> bereitstellt.

In einer früheren Arbeit wurde bereits die Bildungsstruktur der massiven Nachwendeabwanderungen sowie der darauf folgenden Phase 1992-1997 analysiert. Dabei stellte sich heraus, dass Ostdeutschland in dieser Phase per saldo an Personen mit hohen Schul- bzw. Berufsabschluss gewonnen hatte, von einem Brain Drain also keine Rede sein konnte.<sup>18</sup>

Ab dem Jahr 1998 registriert die amtliche Statistik wieder steigende Migrationssalden zwischen Ost- und Westdeutschland. Hierbei handelt es sich bei etwa gleichgebliebenen Zuzügen nach Ostdeutschland von über 150 000 Personen pro Jahr um einen Anstieg der Fortzüge aus Ostdeutschland auf knapp 200 000 Personen (vgl. Tabelle 1). Das Ausmaß des Wanderungssaldos bleibt zwar relativ gering, da jedoch erfahrungsgemäß junge Leute wandern, könnte es zu einem Strukturwandel der umziehenden Personen gekommen sein. Um dies

<sup>17</sup> Das SOEP ist eine repräsentative, jährlich durchgeführte Haushalts- und Personenbefragung und wird seit 1984 in Westdeutschland und seit Juni 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt. Vgl. PROJEKTRUPPE SOZIO-OEKONOMISCHES PANEL (SOEP): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 64, Nr. 1/95, S. 5-13.

<sup>18</sup> Vgl. KEMPE, W.: Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1999, S. 19-23.

beantworten zu können, werden die neuesten Befragungswellen des SOEP bis 1999 ausgewertet.

Seit 1990 hat sich die Zahl der auswertbaren Migrationsfälle zwischen Ost- und Westdeutschland auf nun insgesamt 555 Umzüge von 483 Personen kumuliert (386 in Ost-West- und 169 in West-Ost-Richtung). Hochgerechnet repräsentieren diese etwa 1,1 Millionen Ost-West- und knapp 700 000 West-Ost-Wanderungen (vgl. Tabelle 2).<sup>19</sup>

Tabelle 2:  
Umfang der Binnenmigration 1990 bis 1999, hochgerechnet nach dem SOEP  
- in 1 000 -

	Migrationsrichtung		Migrationsbewegungen insgesamt
	von Ost nach West	von West nach Ost	
Westdeutsche <sup>a</sup>	75 (7%)	315 (47%)	390 (22%)
Ostdeutsche <sup>a</sup>	984 (91%)	313 (47%)	1 297 (75%)
Nachrichtlich: (deutschstämmige) Zuwanderer	19 (2%)	37 (6%)	56 (3%)
Insgesamt	1 078 (100%)	665 (100%)	1 743 (100%)

<sup>a</sup> Die Regionalzuordnung nach Ost- und Westdeutschen richtet sich nach dem Wohnsitz zur Befragung im Frühjahr/ Frühsommer 1990.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1990-1999; Berechnungen des IWH.

Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, dass fast die Hälfte der in die neuen Bundesländer ziehenden Personen 1990 ihren Hauptwohnsitz in der DDR hatte. Etwa die Hälfte der West-Ost-Migration speist sich somit aus ostdeutschen Rückkehrern. Die Zuwanderung von Westdeutschen in die neuen Bundesländer ist damit geringer, als es die Migrationszahlen aus den alten in die neuen Bundesländer vermuten lassen.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Die mit dem SOEP-Hochrechnungsfaktoren ermittelten Wanderungsströme sind gegenüber den Zahlen der amtlichen Statistik etwas geringer. Durch die jährlich nicht sehr hohe Fallzahl, den teilweise unterschiedlichen Befragungsabständen und eines Befragungszeitraumes meist im Frühjahr/Frühsommer jeden Jahres ergeben die hochgerechneten Werte des SOEP Abweichungen zu den Jahresdaten der amtlichen Statistik.

<sup>20</sup> Hinrichs verweist auf den „nachhaltigen Rückgang der Ost-West-Umzüge und eine starke Zunahme der West-Ost-Umzüge bei noch fortdauernder Stabilität des Musters 'West bleibt in West' und 'Ost geht nach West'“, vgl. HINRICHS, W.: Länderübergreifende Wohnmobilität im vereinten Deutschland – Integration oder Differenz?, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1997, S. 377-400.

### Altersstruktur der Ost-West-Wanderung nicht ungewöhnlich

In der öffentlichen Diskussion wird verschiedentlich beklagt, dass es verhängnisvoll für Ostdeutschland ist, wenn überwiegend junge Menschen abwandern.<sup>21</sup> Zwar stellt diese Gruppe unabhängig von ihrem formalen Ausbildungsstand das zukünftige Entwicklungspotenzial dar und verfügt über zukunftsweisendes Humankapital. Aber gerade diese Gruppe ist allgemein mobiler als andere Altersgruppen. Ökonomisch ist dies damit zu erklären, dass in jungen Jahren ein längerer Zeitraum zur Verfügung steht, um die finanziellen und sozialen Migrationskosten amortisieren zu können.

Die Abwanderung aus Ostdeutschland ist tatsächlich stark durch junge Menschen geprägt. Mit 57% der durch das SOEP repräsentierten 1,1 Mio. Personen sind die 16 bis 34-Jährigen in der Mehrheit (vgl. Tabelle 3). Ähnliches gilt jedoch auch für die knapp 700 000 Personen, die von West- nach Ostdeutschland wandern. Hier sind sogar rund 65% der von 1990 bis 1999 im SOEP erfassten Migrationen durch 16 bis 34-Jährige erfolgt. Aufgrund der kleineren Absolutzahl von West-Ost-Wanderungen bleibt es aber bei einer Nettoabwanderung in dieser Altersgruppe.

Tabelle 3:  
Altersstruktur der Wanderung  
- in % -

Altersgruppe	Gesamte Migration (nach StBA, 1998) <sup>a</sup>	Ost-West-Migration (nach SOEP, 1990-1999)	West-Ost-Migration (nach SOEP, 1990-1999)
unter 6 Jahre	6,0	8,7	7,3
6 bis unter 16 Jahre	8,8	9,3	6,2
16 bis unter 25 Jahre	21,6	28,2	26,1
25 bis unter 35 Jahre	30,1	28,7	38,4
35 bis unter 50 Jahre	21,8	14,3	16,1
50 bis unter 65 Jahre	7,7	7,5	2,7
über 65 Jahre	4,0	3,3	3,2

<sup>a</sup> Unter gesamte Migration werden hier alle Wanderungen über Bundesländergrenzen sowie die Migration mit dem Ausland verstanden. Der Umfang der aufgeführten Gesamtmigration ist so groß (2,6 Mio.), dass die Wanderungen zwischen den zwei Gebietsteilen (0,3 Mio.) die Anteile der Gesamtmigration nicht dominierend beeinflussen können.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, 1990-1999; StBA, Fachserie 1, Reihe 1; Berechnungen des IWH.

<sup>21</sup> Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT: Jahresgutachten 1990/1991, Textziffer 595, S. 254.

Die vorliegende Altersstruktur der Migration bildet somit kein ungewöhnliches Phänomen. Zu Vergleichszwecken sind die Anteile verschiedener Altersgruppen an der Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland mit den Anteilen der gesamten Migration über Bundesländergrenzen sowie der Außenmigration der Bundesrepublik in Tabelle 3 dargestellt.

### ***Abwanderung junger Erwachsener zuletzt gestiegen***

Nach 1997 hat der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Ost-West-Migration gegenüber der Phase 1992-1997 deutlich zugenommen. Da in der entgegengesetzten Wanderungsrichtung keine derartige Veränderung eingetreten ist, deutet sich aktuell eine verstärkte Abwanderung junger Menschen an. Dies betrifft zum einen Ausbildungsmigration zur Erlangung eines Berufsabschlusses, da viele unter 20-Jährige mit Schul-, aber ohne Berufsabschluss abwandern. Zum anderen sind viele Berufsstarter nach erfolgreichem Berufs- oder Hochschulabschluss darunter.

Im Zeitverlauf deutet sich auch für die Ostdeutschen Abwanderer an, was bereits für die Westdeutschen galt: es wird weniger im Familienverband mit Kindern umgezogen, es erfolgt auch hier mehr und mehr eine Konzentration auf die jungen Singles bzw. Berufsstarter.

### ***Wanderungen 1992-1997 mit Gewinn an Hochqualifizierten***

Zur Ermittlung der Humankapitalstruktur müssen Wissen bzw. Kenntnisse operationalisiert werden. Unter Nutzung der individuellen Datensätze im SOEP bilden die formalen Bildungsabschlüsse die Basis der folgenden Angaben. Die Ausbildungsabschlüsse werden (für Schule wie Beruf) vereinfachend in je drei Stufen (gering, mittel, hoch) eingeteilt.<sup>22</sup>

Dabei bleiben notgedrungen Bildungsaspekte wie Talente, Erziehung, Entwertung von Wissen, Berufserfahrung und Ähnliches unberücksichtigt. Auch gab es in den ersten Jahren nach der Verei-

nigung eine große Lücke an systemspezifischem Humankapital (Betriebsstruktur, Produktionsverfahren, Absatz/Vertrieb, Sprachkenntnisse, Rechtssystem) in den neuen Bundesländern, welche keinen Niederschlag im formalen Bildungsniveau findet. Insbesondere in diesen ersten Jahren war die Zuwanderung aus den alten Bundesländern mit einem Zuwachs an nichterfasstem systemspezifischen Humankapital verbunden.

Das Wanderungsgeschehen zwischen Ost- und Westdeutschland war von 1992 bis 1997 durch umfangreiche Wanderungsströme in beide Richtungen gekennzeichnet. Die Qualifikation der in dieser Phase nach Ostdeutschland zuwandernden Personen im erwerbsfähigen Alter war bezüglich der Schul- wie auch Berufsabschlüsse weit höher als der Durchschnitt in der Herkunfts- wie auch der Zielregion (vgl. Tabelle 4).

Die Bildungsstruktur der nach Westen wandernden Personen war hinsichtlich der Schulabschlüsse ebenfalls überdurchschnittlich. Etwas anders gestaltete sich das Bild bei den beruflichen Qualifizierungen der ostdeutschen Abwanderer. Der überproportional hohe Anteil von Personen ohne Berufsabschluss (vgl. Tabelle 4) lässt sich aus dem Alter vieler ostdeutscher Migranten (häufig etwa 20 Jahre) erklären: sie haben zwar einen Schulabschluss, gehen zum Erwerb eines Berufsabschlusses jedoch in die alten Bundesländer.

Die Differenz aus Zu- und Fortzügen von Personen im erwerbsfähigen Alter ist nur noch gering. Ebenfalls klein sind die Salden in den einzelnen Qualifikationsstufen. Durch die besonders starke Zuwanderung von Personen mit Abitur bzw. (Fach-)Hochschulabschluss nach Ostdeutschland kommt es hier sogar zu einem Zuwachs an hochqualifizierten Personen (43 000 Personen mit Abitur, 31 000 mit FH- oder Universitätsexamen). Dieser Effekt ist allerdings nicht so groß, um die Verluste zur Wende auszugleichen.

### ***Anzeichen für eine Trendumkehr nach 1997***

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld änderte sich 1997/98. Die bis dahin ausgewiesenen hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in Ostdeutschland blieben nun aus, die Konjunktur in Westdeutschland sprang deutlich an. 1998 kam es erstmals wieder zu einem wachsenden Wanderungssaldo zuungunsten der neuen Länder. Die Zahl der Zuwanderungen aus den alten Bundesländern blieb zwar gleich, gleichzeitig entschieden sich mehr Menschen aus Ostdeutschland zu einem Umzug Richtung Westen. Dieser Trend setzte sich

<sup>22</sup> Schulabschluss: gering = ohne Abschluss oder Hauptschulabschluss, mittel = Realschul- oder sonstiger Abschluss, hoch = Fachhochschulreife oder Abitur, berufliche Qualifikation: niedrig = keine abgeschlossene Berufsausbildung, mittel = erfolgreicher Abschluss einer Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Gesundheitswesen, Fachschule, Beamtenausbildung, hoch = Fachhochschul- und Hochschulabschluss. Die in der DDR erworbenen Abschlüsse sind nicht immer mit den bundesdeutschen vergleichbar, durch die relativ grobe Systematisierung wirkt sich der Fehler jedoch nur wenig aus.

Tabelle 4:

## Qualifikationsstruktur der Migranten im erwerbsfähigen Alter 1992-1997

	Ost-West-Richtung		<i>Nachrichtlich:</i> Gesamt- bevölkerung neue Bundesländer (1997) Anteile in %	West-Ost-Richtung		<i>Nachrichtlich:</i> Gesamt- bevölkerung alte Bundesländer (1997) Anteile in %	Saldo neue Bundesländer absolut in 1 000
	absolut in 1 000	Anteile in %		absolut in 1 000	Anteile in %		
	<i>Schulabschluss</i>						
gering	91	23,0	29,8	74	19,2	48,2	-17
mittel	212	53,3	52,8	176	45,4	31,9	-37
hoch	94	23,7	17,4	137	35,4	19,9	+43
	<i>Berufsabschluss</i>						
keinen	82	20,3	13,6	66	16,8	27,4	-16
mittel	274	68,3	75,3	250	63,7	60,3	-24
hoch	46	11,4	11,1	77	19,5	12,3	+31

Vom DIW wurde rückwirkend bis 1990 eine Revision der Hochrechnungsfaktoren des SOEP durchgeführt. Diese Tabelle enthält somit leicht veränderte Werte gegenüber der Tabelle 6 in Kempe, W.: Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, a. a. O.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1992-1997; Berechnungen des IWH.

Tabelle 5:

## Qualifikationsstruktur der Migranten im erwerbsfähigen Alter 1997-1999

	Ost-West-Richtung		<i>Nachrichtlich:</i> Gesamt- bevölkerung neue Bundesländer (1999) Anteile in %	West-Ost-Richtung		<i>Nachrichtlich:</i> Gesamt- bevölkerung alte Bundesländer (1999) Anteile in %	Saldo neue Bundesländer absolut in 1 000
	absolut in 1 000	Anteile in %		absolut in 1 000	Anteile in %		
	<i>Schulabschluss</i>						
gering	15	8,6	27,8	32	26,4	46,1	+17
mittel	75	44,5	55,5	48	39,5	32,4	-28
hoch	79	46,9	16,7	41	34,1	21,5	-38
	<i>Berufsabschluss</i>						
keinen	29	17,1	14,3	17	13,4	27,9	-12
mittel	99	57,9	75,3	85	66,7	59,0	-14
hoch	43	25,0	10,4	25	19,9	13,1	-17

Die Angaben basieren auf einer vergleichsweise geringen Fallzahl von 111 Beobachtungen, die hochgerechnet wurden.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1997-1999; Berechnungen des IWH.

1999 und 2000 fort. Zwar blieben auch hier die Salden moderat, hinter den leicht gestiegenen Abwanderungszahlen verbirgt sich jedoch eine veränderte Struktur der Migranten.

Zur Auswertung und Hochrechnung der Umzüge zwischen den Befragungen des SOEP von Frühsommer 1997 bis Frühsommer 1999 stehen nur 111 Migrationsfälle zur Verfügung. Insofern sind die folgenden Resultate als Indizien für einen neuen Trend zu betrachten.

Zwar profitiert Ostdeutschland noch immer von weit überdurchschnittlich gebildeten Zuwanderern aus den alten Bundesländern. Hier hat sich gegen-

über dem ersten betrachteten Zeitraum kaum etwas verändert. Der Anteil der hohen Schul- und Berufsabschlüsse hat sich in den zwei Phasen praktisch nicht geändert (Schule: 35,4% zu 34,1%, Beruf: 19,5% zu 19,9%; vgl. Tabellen 4 und 5). Die Zuwanderung von Personen mittlerer Abschlüsse ist auf Kosten der Personen mit geringen Abschlüsse etwas gewachsen.

Ein vollkommen gewandeltes Bild ergibt jedoch die Betrachtung der Bildungsstruktur der aus Ostdeutschland wegziehenden Personen. So hat fast die Hälfte der Personen im erwerbsfähigen Alter Abitur bzw. Fachhochschulreife, weit mehr als im

Durchschnitt der Bevölkerung (vgl. Tabelle 5). Dagegen haben unterdurchschnittlich viele Personen einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Mit Hauptschul- oder ohne Abschluss sind nur ganz wenige Personen abgewandert.

Auch der Anteil der Personen mit Universitäts- oder Fachhochschulexamen ist mit einem Viertel mehr als doppelt so hoch wie im Mittel der ostdeutschen Bevölkerung (vgl. Tabelle 5). Aber ebenfalls überdurchschnittlich ist die Abwanderung von Personen ohne Berufsausbildung. Hierin spiegelt sich die nicht unbedeutende Migration zur Ausbildung wider, diese Personen sind 16 bis 22 Jahre alt, haben einen Schul-, aber keinen Berufsabschluss.

Ein nicht unerheblicher Anteil der zur Ausbildung in die alten Bundesländer umgezogenen jungen Menschen ist jedoch nach dem Berufs- oder Studienabschluss wieder nach Ostdeutschland zurückgekehrt. Nun ist zwar unbekannt, ob tatsächlich alle aus der Gruppe der 16 bis 22-Jährigen ohne Beruf eine erfolgreiche Berufsausbildung bzw. Studium absolvieren. Aber von den 1990 bis

1996 abgewanderten Personen dieser Gruppe (im SOEP hochgerechnet rund 90 000) ist bis 1999 immerhin fast ein Drittel mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Hochschulabschluss wieder in den Osten zurückgekehrt (im SOEP rund 26 000).<sup>23</sup>

Ist es zu einer für Ostdeutschland ungünstigen Entwicklung gekommen? Bisher ist der Faktor Bildung nicht limitiert beim wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Länder. Bei Fortsetzung der Entwicklung könnte dies aber langfristig durchaus ein Problem werden. Trotz Unsicherheit über das Ausmaß des neuen Trends aufgrund der schwachen statistischen Basis bleibt festzuhalten, dass sich die Vorzeichen gedreht haben. Für fast alle Bildungsschichten bleibt ein negativer Saldo zu konstatieren. Überproportional häufig sind es Personen mit hohen Qualifikationen (-38 000 Personen mit Abitur, -17 000 mit FH- oder Universitätsexamen).

Wolfram Kempe  
(wke@iwh-halle.de)

## Zur Stabilität ungarischer Banken

*Im Jahre 1997 kam die Realisierung der Privatisierungskonzeption der ungarischen Regierung für den Bankensektor zum Abschluss; die Beteiligung ausländischer Banken war dabei ein entscheidender Faktor. Damit war aber der Transformationsprozess des Bankwesens noch nicht beendet. Nach einer vorübergehenden Verbesserung verschlechterten sich wichtige Indikatoren des Bankensystems. Die Bankeinnahmen gingen infolge schrumpfender Zinsmargen zurück. Die Kosten stiegen wegen Umorganisation, Modernisierung und erhöhter Risiken, erschwerend wirkte die Finanzkrise Russlands von August 1998. Die Rentabilität sank entsprechend. Auch die Portfolioqualität verringerte sich. Die Tendenz der Verschlechterung wichtiger Indikatoren der Bankentätigkeit hielt auch 1999 und teils 2000 an, sodass sich die Frage ergab, ob die Gefahr einer Bankenkrise bestand.*

*Bei näherer Betrachtung verschiedener Indikatoren des ungarischen Bankensystems der letzten fünf Jahre zeigten sich keine Anzeichen für eine Krise. Allerdings gelang es einem Teil der Banken unter den schwierigen Transformationsbedingungen noch unzureichend, den schrumpfenden*

*Zinseinnahmen und erhöhten Kosten durch eine Ausweitung ihrer Geschäftsbasis, u. a. durch außerbilanzielle Geschäfte, zu begegnen. Weitere Anstrengungen zur Stabilisierung und Erlangung der vollen Wettbewerbsreife des ungarischen Bankensystems, z. B. durch Fusionen, sind unumgänglich.*

*Ein Vergleich wichtiger Kenndaten der Bankensysteme Ungarns, Polens und der Tschechischen Republik lässt die des ungarischen Bankensystems insgesamt besser erscheinen.*

### **Krisengefahr von Banken in der Transformationszeit**

Die Transformationsländer haben in den vergangenen Jahren unterschiedliche Fortschritte bei der Umgestaltung ihrer Bankensysteme erzielt. Das erreichte Niveau der Transformation kann für die Festigkeit eines Bankensystems gegenüber inneren und äußeren Krisenfaktoren entscheidend sein. Ein bedeutender privater Eigentumsanteil begünstigt eine angemessene Risikowilligkeit der

<sup>23</sup> Es findet sich umgekehrt auch der Fall Westdeutscher, die in Ostdeutschland studiert haben und nach dem Studium wieder in die alten Bundesländer zurückkehren.

Banken bei der Kreditvergabe und zugleich die Entfaltung einer unternehmerischen Finanzintermediation bzw. effektiven Allokation der finanziellen Mittel. In den Anfangsjahren der Transformation ergaben sich Instabilitäten im Bankensektor der mittel- und osteuropäischen Länder durch das sprunghafte Ansteigen der Anzahl der Banken, noch unentwickelte Bankenaufsicht und geringe Transparenz im Rechnungswesen. Nach und nach wurden vor allem in den Ländern, die Beitrittskandidaten für die Europäische Union sind, EU-Standards<sup>24</sup> eingeführt. Einige Normen der Liquiditäts-/Risikosicherung der Banken wurden sogar noch strenger gefasst. Das betrifft zum Beispiel die Mindestausstattung mit Eigenkapital, die Eigenkapitalquote, den Höchstbetrag von Großkrediten, den Höchstbetrag des Risikos je Darlehensnehmer und die Einlagensicherung.

Ungarn ist ein Beispiel für eine derartige Entwicklung des Bankensektors hin zu mehr Stabilität. Aber, obwohl frühzeitig Erfolge in der Privatisierung des Bankenwesens und der Erreichung von EU-Standards verbucht werden konnten, verlief die Entwicklung des Bankensystems nicht problemlos.<sup>25</sup> Durch die Privatisierung gewann Ungarns Bankensystem gleichwohl an Stabilität, sodass es im Gegensatz zu anderen Transformationsländern wie Russland, Ukraine, Rumänien und Bulgarien die russische Finanzkrise von August 1998 relativ gut, d. h. nur mit einer vorübergehenden Verschlechterung von Indikatoren, überstand.

### **Indikatoren zur Beurteilung der Stabilität ungarischer Banken**

Für die Stabilität der Banken sind in der Zeit der Umstellung des Bankensystems auf marktwirtschaftlicher Grundlage Rahmenbedingungen wie der Grad der Privatisierung, das makroökonomische Umfeld und die Entwicklung auf den Weltfinanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese Bedingungen wirken sich letztlich auf die Indikatoren der Bankentätigkeit aus.

Die Stabilität von Banken wird im vorliegenden Artikel an Hand folgender Indikatoren beurteilt:

- Portfolioqualität
- Zinsspanne
- Rentabilität
- Fremdwährungsposition

#### *Portfolioqualität<sup>26</sup>*

Die Portfolioqualität (vgl. Tabelle 1) wird an dem Anteil von risikogefährdeten Krediten (untergliedert nach vier international standardisierten Risikokategorien) und von problemfreien Krediten gemessen. Sie kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, wieweit Banken die zu Beginn der Transformation noch weit verbreitete weiche Budgetrestriktion überwunden haben und wie die Bankenaufsicht zur Verhinderung einer Überschuldung der Banken funktioniert. Auf diesen Indikator wirkt sich aber nicht nur das Risikoverhalten der Banken aus.

Tabelle 1:  
Portfolioqualität der ungarischen Banken, in % der Gesamtforderungen

	1996	1997	1998	1999	2000
Uneinbringliche Forderungen	2,7	1,2	1,5	1,2	0,9
Andere risikogefährdete Forderungen	9,8	6,8	8,9	7,6	7,0
Problemfreie Forderungen	87,5	92,0	89,6	91,2	92,1

Quellen: Staatliche Geld- und Kapitalmarktaufsicht Ungarns; Ungarische Nationalbank.

Einen Einfluss haben auch externe Schocks. So verschlechterte sich durch die Russlandkrise, die einen bedeutenden Teil ungarischer Exporteure und russischer Importeure als Kunden ungarischer Banken zahlungsunfähig werden ließ, vorübergehend die Portfolioqualität. Seit dem zweiten Halbjahr 1999 verbessert sie sich wieder. Im Jahr 2000 erreichte die Portfolioqualität, gemessen an den problemfreien Forderungen, in etwa wieder den Stand vor Ausbruch der Finanzkrise in Russland. Damit bewies das ungarische Bankensystem eine relativ hohe Stabilität im Vergleich zu anderen Transformationsländern. Allerdings ergab sich die

<sup>24</sup> Vgl. BRÜGGEMANN, A.; GABRISCH, H. u. a.: Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa, in: Pohl, R. (Hrsg.), Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Band 5, Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2000.

<sup>25</sup> Vgl. auch GNOTH, W.: Entwicklung eines modernen Bankensystems in Ungarn, in: Osteuropa – Wirtschaft, 4/2000, S. 331-352.

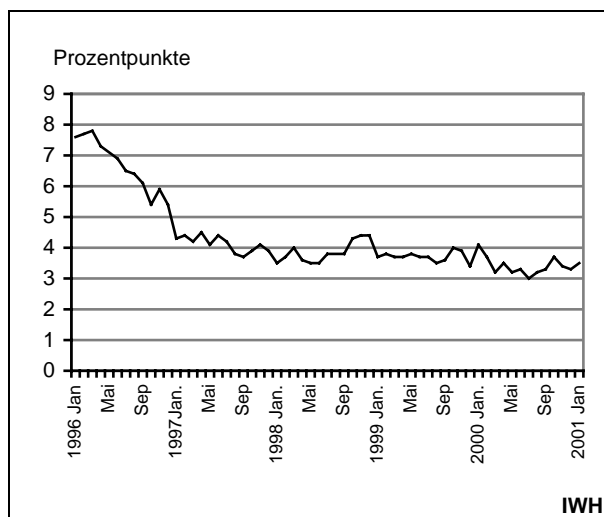
<sup>26</sup> Soweit keine gesonderten Quellen angegeben sind, wurden die Daten dieses Textes folgenden Quellen entnommen: Állami Pénz- és Tőkepiaci Felügyelet: Tájékoztató a Pénz- és Tőkepiacok Évi Fejlődéséről (Jahresberichte der Staatlichen Aufsicht der Finanzinstitute Ungarns (vor 2000 Staatliche Geld- und Kapitalmarktaufsicht)) und National Bank of Hungary, Yearly Reports.

verbesserte Portfoliosituation größtenteils durch Abschreibung oder Verkauf uneinbringlicher Kreditforderungen.

### Zinsspanne

Eine abnehmende Zinsspanne in der Transformationsperiode deutet auf zunehmenden Wettbewerb unter Finanzintermediären hin. Sie zeigt an, dass Banken ihre Funktion nicht durch Kostenüberwälzungen, sondern durch mehr und verbesserte Leistungen erfüllen müssen. Als ein weiterer Einflussfaktor erwies sich der Rückgang der Inflationsrate. Die Zinsspanne ungarischer Banken verkleinerte sich von 7,8 (1995) auf 3,3 Prozentpunkte (2000) (vgl. Abbildung 1). In diesem Zeitraum verringerte sich die Inflationsrate um 18 Prozentpunkte.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Zinsspanne<sup>a</sup> der ungarischen Banken



<sup>a</sup> Differenzen der Jahresendwerte von Zinsen für Kredite und Einlagen der Unternehmen bis 1 Jahr.

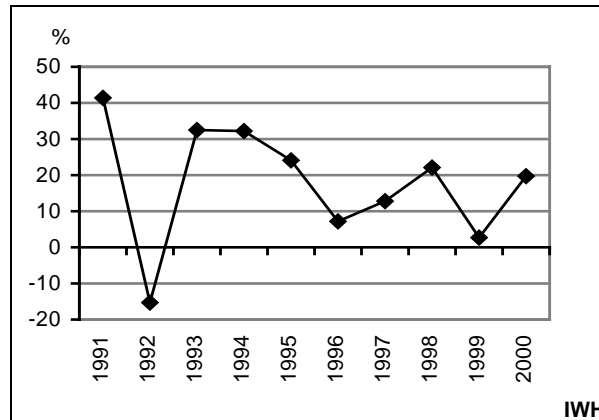
Quelle: National Bank of Hungary, Monthly Reports.

Den Banken gelang es nur schwerlich, Einnahmeausfälle im traditionellen Einlagen- und Kreditgeschäft durch Einnahmen aus anderen Dienstleistungen und außerbilanziellen Geschäften auszugleichen, da solche noch wenig entwickelt waren. Aktivitäten direkt an Kapitalmärkten blieben bis zur gesetzlichen Zulassung der Universalbanken-Form im Jahre 1999 sogar untersagt, und bisher erhielten nur wenige Banken die Lizenz zur Investmenttätigkeit. Daraus lässt sich für die Zukunft ein noch intensiverer Wettbewerb schließen, auf den sich die Banken einstellen müssen. Ende 2000 nahm die Zinsspanne im Zusammenhang damit, dass die

Zentralbank den Leitzins wegen verstärkter Inflation erhöhte, leicht zu.

Die jährlichen Zuwachsraten der Netto-Zinseinnahmen<sup>27</sup> waren in der 1. Hälfte der 90er Jahre hoch (1991-1995 im Durchschnitt 23%), in der 2. Hälfte (1996-2000) betrugen sie im Durchschnitt nur 13% (vgl. Abbildung 2). Der ausnahmsweise Rückgang der Zinseinnahmen im Jahre 1992 war dadurch bedingt, dass eine Verschärfung des Konkursgesetzes verstärkt Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen offenbarte und Banken jäh Kreditzurückhaltung übten. Die ansehnliche Zunahme der Netto-Zinseinnahmen des Jahres 1998 hat vor allem drei Gründe: Erstens stiegen die Zinseinnahmen von der Zentralbank aus Guthaben und Obligationen erheblich. Zweitens ergab sich ein geringerer Zinsaufwand, weil Banken reichlich zinsgünstige Aktionärskredite von ausländischen Anteilseignern erhielten und sich so andere Kreditaufnahmen erübrigten. Drittens wendeten Banken in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 eine höhere Risikoprämie bei Krediten an mittelständische Unternehmen an.

Abbildung 2:  
Nominale Zinseinnahmen der ungarischen Banken, - Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr -



Quellen: Staatliche Geld- und Kapitalmarktaufsicht Ungarns; Ungarische Nationalbank.

Bei einem Großteil der Banken blieb die Zunahme der Netto-Zinseinnahmen hinter dem Inflationstempo zurück. Folglich waren die Entwicklungsraten der realen Zinseinnahmen des Bankensystems insgesamt 1995 bis 1999 (mit Ausnahme des Jahres 1998) negativ. 2000 trifft das bereits

<sup>27</sup> Sie stellen mit rund drei Viertel den entscheidenden Teil der Bankeinnahmen.



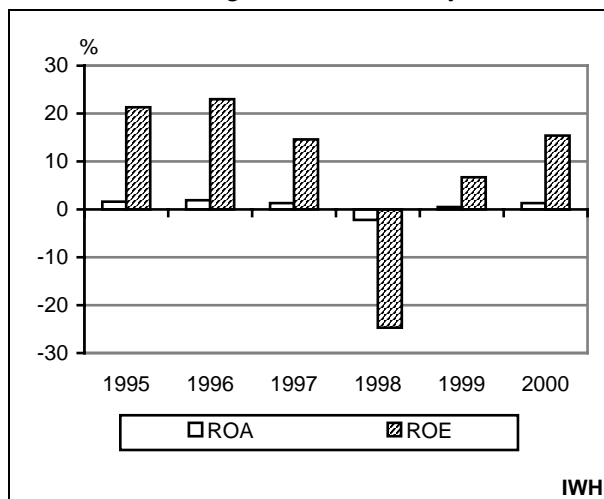
nicht mehr zu. Es gilt als das seit langem erfolgreichste Geschäftsjahr.

### Rentabilität

Die Rentabilitätsindikatoren sind in der Zeit der Transformation, da die Zinsmargen schrumpfen und die Kosten wachsen, als konzentrierter Ausdruck der Bankleistungen von besonderer Bedeutung. Sie sind letztlich das Spiegelbild für Geschäftsleistung und Kapitalstärke.

Die Erträge der ungarischen Banken blieben ab 1997 hinter dem jährlich zugenommenen Umfang der Aktivgeschäfte und des Eigenkapitals zurück. Dazu trugen einerseits die jährlichen Kostensteigerungen durch Neuordnung, Modernisierung und Elektronisierung des Bankensystems bei. Andererseits war ein immer größerer Gewinnanteil vor der Rentabilitätsberechnung für Rücklagen zur Abschreibung uneinbringlicher Forderungen zu verwenden. Dementsprechend verschlechterten sich die Indikatoren ROA (Return on assets – Gewinn vor Steuer/Bilanzgewinn) und ROE (Return on equity – Gewinn vor Steuer/durchschnittliches Eigenkapital) (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:  
Rentabilität des ungarischen Bankensystems



Quelle: Staatliche Geld- und Kapitalmarktaufsicht Ungarns.

Im Jahre 1998 wies das gesamte Bankensystem eine negative Rentabilität aus: Der wichtigste Grund war, dass sich durch Schließen von Lücken in den Rechnungslegungsvorschriften die drei Jahre zuvor verborgen gebliebenen Verluste dreier Banken – der Postbank, der Reálbank und der durch die Konsolidierung der Postbank stark belasteten Ungarischen Entwicklungsbank – erst in dem genannten Jahr im Rechnungswesen nieder-

schlugen. Doch auch über die Problembanken hinaus sank in den Jahren 1998 und auch 1999 die Rentabilität eines großen Teils von Banken im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr. Der Rentabilitätsanstieg des Bankensystems im Jahre 1999 gegenüber dem Vorjahr ergab sich allein daraus, dass die Postbank und die Entwicklungsbank wieder mit Gewinn wirtschafteten, nachdem ihre Verluste mit staatlicher Hilfe bereinigt und die kleinere Reálbank aufgelöst worden waren.

Neben sinkenden Zinseinnahmen und steigenden Kosten traten in beiden Jahren Auswirkungen der Russlandkrise hinzu. So kamen aufgrund des Währungsrisikos verschiedene Fremdwährungsge-  
schäfte als Einnahmequelle nicht in Frage.

Erst 2000 zeigten ROA und ROE mit 1,3% bzw. 15,4% wieder einen nennenswerten Anstieg. In diesem Jahr lag ROE auch zum ersten Mal nach vielen Jahren über der Inflationsrate, womit dem jährlichen Vermögensverzehr bei den Banken Einhalt geboten wurde.

### Fremdwährungsposition

Eine relativ große Position der Netto-Auslandsverbindlichkeiten kann die Liquidität, Stabilität und Marktbeurteilung von Banken aufgrund des darin enthaltenen Währungsrisikos ernsthaft gefährden. Im Falle einer Abwertung der heimischen Währung erhöhen sich entsprechend die Netto-Auslandsverbindlichkeiten. Eine genaue Beurteilung der Fremdwährungsposition auf Grund der Bilanzangaben der Banken ist dadurch erschwert, dass nicht bekannt ist, wieweit Fremdwährungspositionen durch Gegengeschäfte gegen Währungsrisiken gesichert sind.

Ungarische Banken sicherten 1998 ihre Liquidität auch durch relativ billige Kredite aus dem Ausland ab. Es handelte sich größtenteils (zu 60%) um kurzfristige Kredite. Sie erhöhten aber auch ihre Geldanlagen im Ausland. Das geschah unter anderem parallel zum gestiegenen Vermögensanteil ausländischer Banken im Zuge der Privatisierung. 1998 waren die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland jedoch noch fast doppelt so hoch wie die Forderungen und betrugen 18% aller Passiva. Der Gefahrenfaktor der ausländischen Verschuldung für ungarische Banken wurde dadurch etwas vermindert, dass sich ihre Struktur jährlich zugunsten einer Längerfristigkeit verbesserte. Außerdem ging ihr Anteil an den Nettoverbindlichkeiten des Landes gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken Ende 1996 bis September 2000 von 54% auf 44% zurück. Zwar nahm die ab-

solute Größe der Nettoverbindlichkeiten im Jahre 1998 wegen der Russlandkrise sichtlich zu und lag Ende September 2000 noch 12% über dem Niveau von 1996, doch hatte die Entwicklung der Nettoverbindlichkeiten in den übrigen Jahren seit 1996 jeweils eine absteigende Tendenz.<sup>28</sup>

Die Bilanz aus Devisenforderungen und -verbindlichkeiten der Banken war 1999 nahezu ausgeglichen und liefert insofern zunächst kein Signal für ein Verschuldungsrisiko. Das traf ebenso auf die ersten drei Quartale des Jahres 2000 zu. Allerdings wiesen 1999 zwölf Banken hohe Netto-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland (30% bis 60% des Eigenkapitals) auf.

Das Währungsrisiko kann das wirkliche Ausmaß der Bilanz von Forderungen und Verbindlichkeiten verändern, doch ist auch diesbezüglich die Auswirkung durch vorwiegende Risikosicherungsgeschäfte und durch die vorher angekündigte und für eine längere Zeit stabile monatliche Abwertungsrate des Forint begrenzt.

### ***Das ungarische Bankensystem im Vergleich mit dem Polens und der Tschechischen Republik***

Ein Vergleich einiger wichtiger Kenndaten der Bankensysteme zwischen den EU-Beitrittskandidaten Ungarn, Polen und Tschechische Republik ergibt bessere Kennwerte für Ungarn im Jahr 1999 (vgl. Tabelle 2). Dies dürfte vor allem auf die frühzeitigen Fortschritte Ungarns in der Privatisierung der Banken zurückzuführen sein. Das Bankensystem der Tschechischen Republik weist zwar einen schon dem EU-Niveau angepassten, hohen Anteil der Bilanzsumme am BIP auf, seine Stabilität ist aber aufgrund des sehr hohen Anteils von notleidenden Krediten an der Kreditsumme gefährdet. Der hohe Anteil der Bilanzsumme am BIP und der hohe Anteil der notleidenden Kredite des tschechischen Bankensystems können ähnlich wie der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums seit 1996 und die Finanzkrise vom Mai 1997 vor allem mit der starken Eigentumsverflechtung von Wirtschaft und Banken infolge der Privatisierung mittels Voucher in Zusammenhang gebracht werden.<sup>29</sup>

Der Anteil des Staates am Bankenvermögen reduzierte sich bis 1999 in allen drei Ländern drastisch, in Ungarn auf 19%, in Polen auf 18% und in der Tschechischen Republik auf 27%. Dafür erwarben ausländische Investoren hohe Vermögensanteile an Banken: in Ungarn 65%, in Polen 56% und in der Tschechischen Republik 48%.

Tabelle 2:  
Kenndaten der Bankensysteme Ungarns, Polens und Tschechiens, 1999

	Ungarn	Polen	Tschechien
Bilanzsumme, % des BIP	64	60	181
Eigenkapitalquote <sup>a</sup> , %	14	13	13
Anteil notleidender Kredite <sup>b</sup> , %	9	14	32

<sup>a</sup> Eigenkapitalquote = Haftendes Eigenkapital : Gewichtete Risikoaktiva x 100. – <sup>b</sup> Es wird angenommen, dass die Einstufung als risikogefährdet in Polen und der Tschechischen Republik angesichts der EU-Anpassung genau so wie in Ungarn nach den internationalen Standards erfolgte.

Quellen: Staatliche Aufsicht der Finanzinstitute, Information über die Entwicklung des Finanzsektors 1999, Budapest, 2000 (Ung.); National Bank of Poland: Summary Evaluation of the Financial Situation of Polish Banks 1999, Warsaw, April 2000; Czech National Bank: Bank, Supervision in the Czech Republic, Prag, 31. Dezember 2000.

### ***Ausblick für das ungarische Bankensystem***

In den vergangenen vierzehn Jahren seit Ablösung des notenbankdominierten, einstufigen Staatsbankensystems durch ein zweistufiges Bankensystem machten die ungarischen Banken einen beachtlichen Entwicklungssprung: Die EU-Kommission bescheinigte Ungarn in ihrem jüngsten Regelmäßigen Bericht einen „starken und gut regulierten Finanzsektor“.<sup>30</sup>

Gleichwohl ist die Transformation noch nicht abgeschlossen. Der störende Einfluss der Russlandkrise zeigte, dass weitere Anstrengungen zur Stabilisierung des Bankwesens erforderlich sind, um es gegen äußere Störungen widerstandsfähig zu machen. Eine wichtige Voraussetzung sind Fusionen, mit denen Kostenreduzierungen erreicht werden können.

Mitte 2000 gab es in Ungarn 6 große, 12 mittelgroße und 23 kleine Banken, die großenteils heute schon Dienstleistungen anbieten, die sich in

<sup>28</sup> BIS: International Banking and Financial Market Developments Historical Statistics, <http://www.bis.org/>.

<sup>29</sup> Vgl. auch TURNOVEC, F.: Privatization and Transparency, Evidence from the Czech Republic, und BUCH, C.: Privatization, Ownership Structure and Transparency, Comment on František Turnovec, in: Hölscher, J. (Hrsg.), Financial Turbulence and Capital Markets in Transition Countries. Macmillan Press LTD Verlag. Basingstoke 2000.

<sup>30</sup> Vgl. EU-KOMMISSION: Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte Ungarns auf dem Weg zum Beitritt, 8.11.2000, S. 29, [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report\\_11\\_00/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_11_00/index.htm) vom 11. Juni 2001.

Qualität und Preis international messen lassen. Umbrüche zum Beispiel in Form des massiven Eigentumswechsels bei Unternehmen und der Auswirkungen des RGW-Zusammenbruchs führten dazu, dass die Bilanzsumme des Bankensystems Ungarns im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 91% im Jahre 1991 auf 64%<sup>31</sup> im Jahre 1999 zurückging. Doch ist der Entwicklungstrend des Realwertes der Bilanzsumme seit den frühen 90er Jahren positiv. Durch das Erscheinen von Nichtbank-Finanzintermediären wie Investmentgesellschaften, Pensionsfonds, Leasingfirmen und Versicherungsgesellschaften verringerte sich auch allmählich der Anteil der Banken an der Finanzintermediation. Immerhin beträgt er noch 90%.

Eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Bankensystems kam den ausländischen Banken zu. Mitte 2000 befanden sich 53% des Bankenvermögens in Händen ausländischer Banken. Es handelte sich größtenteils um deutsche, österreichische und andere westeuropäische Banken mit gutem Renommee. Sie stockten das Eigenkapital der Banken auf, brachten Know-how und Fachleute ein und stellen eine wichtige Basis für die Stabilität des Bankensystems überhaupt dar.

Ein großer Teil der Banken bildet heute mit Leasingfirmen und/oder Versicherungs-, Investmentgesellschaften, Bausparkassen, Rentenkassen eine Kooperationsgruppe, die ihre Kunden an die Kooperationsmitglieder weitervermittelt, und versucht so, sich im (inter)nationalen Wettbewerb zu behaupten.

Der Wettbewerb ist von einer immer stärkeren Differenzierung unter den Banken gekennzeichnet. Unter den Banken existiert eine Gruppe, deren Aufwärtsentwicklung sowohl im Firmenkundengeschäft als auch Massengeschäft ungebrochen und mit einer guten Portfolioqualität und Rentabilität verbunden ist. Zu ihr gehören die im Privatkundengeschäft dominierende Landessparkasse (OTP) sowie die meisten schon länger bestehenden ausländischen Banken, die von Anfang an auf erstklassige ausländische Unternehmen, Jointventures und Neukunden ohne Altschulden konzentriert waren. Im Jahre 2000 zählten zu den elf Banken mit der höchsten Rentabilität, das heißt einem ROA zwischen 1,2% und 4% und einem ROE zwischen 14,4% und 33,9% folgende:<sup>32</sup> die Általános

Értékforgalmi Bank (Allgemeine Wertpapierverkehrsbank), die OTP (Landessparkasse), die Raiffeisen Bank, die CIB, die BNP-Dresdner Bank, die Merkantil Bank, die Hypovereinsbank, die Inter-Europa Bank, die Credit Lyonnais Hungary, die Daewoo Bank und die Opel Bank.

Die schlechter situierten Banken sind allgemein unter den konsolidierten, ehemaligen staatlichen und darüber hinaus unter den kleineren Banken, die den Mittelstand betreuen, sowie den erst spät und mit wenig Kapital gegründeten ausländischen Banken zu finden.

In Vorbereitung auf den Wettbewerb in der EU ist damit zu rechnen, dass verschiedene Banken versuchen werden, Fusionen einzugehen. Eine solche Tendenz zeichnet sich mit den jüngsten Fusionen großer Banken, der Hypovereinsbank mit der Bank Austria Creditanstalt sowie der ABN Amro mit der Handels- und Kreditbank, bereits ab. Für die unrentable, vorübergehend in staatlichen Besitz genommene Postbank wird ein Käufer gesucht.<sup>33</sup> Der Wettbewerb wird dadurch noch schärfer werden, dass viele Tochterbanken von ausländischen Mutterbanken in Filialen umgewandelt werden, sobald Ungarn Mitglied der EU ist, und so an Kapitalstärke und Rückhalt gewinnen werden. Bisher gibt es in Ungarn keine ausländischen Bankfilialen, obwohl seit 1998 möglich, aber an erschwerte Bedingungen geknüpft. Es ist auch nicht auszuschließen, dass der Staat, bedacht auf die finanzielle Stabilität des Landes, den Prozess einer tragfähigen Strukturierung des Bankwesens bis zur Erlangung einer ausreichenden Wettbewerbsfähigkeit organisierend und finanziell unterstützt. Ein derartiges Engagement zeichnet sich an verschiedenen Garantieübernahmen des Staates ab. Ein erneutes Besitzergreifen des Staates im ungarischen Bankwesen scheint jedoch unwahrscheinlich. Dafür spricht die Tatsache, dass über 50% des Bankenvermögens im Besitz ausländischer Banken sind und der Staat über nun drei staatliche Geschäftsbanken hinaus nur noch in acht weiteren Banken mit bis zu 19% Anteilen vertreten ist. Auf diese entfällt nach Schätzung ein Marktanteil von nicht mehr als 20%.

Werner Gnoth  
(gnt@iwh-halle.de)

<sup>31</sup> Vgl. STAATLICHE AUFSICHT DER FINANZINSTITUTE: Information über die Entwicklung des Finanzsektors 1999. Budapest, 2000, <http://www.pszaf.hu/> (ung.).

<sup>32</sup> Figyelő, 15.3.2001 (ung.).

<sup>33</sup> Vgl. Népszabadság, 2.3.2001 (ung.).

## Branchenskizze:<sup>34</sup> Ostdeutsche Textilindustrie

Die Textilindustrie in Ostdeutschland wurde, wie es – angesichts der Schrumpfung dieser Branche in Westdeutschland und in vielen weiteren westlichen Staaten – auch nicht anders zu erwarten war, nach dem Übergang zur Marktwirtschaft zu kräftigen Einschnitten gezwungen. Im Jahr 2000 war – mit schätzungsweise rund 22 500<sup>35</sup> Beschäftigten – noch etwa ein Zehntel der Beschäftigten von 1989 tätig. Gleichwohl deuten die Produktions- und Absatzerfolge der letzten Jahre (vgl. Tabelle) darauf hin, dass es immer mehr Unternehmen gelingt, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und sich auf den hart umkämpften Märkten zu behaupten.

Die Textilindustrie hat im Gebiet des heutigen Ostdeutschland, vor allem in Sachsen und Thüringen, eine lange Tradition. Zahlreiche wichtige Zweige, wie die Kleiderstoffweberei, die Teppich- und Möbelstoffindustrie, die Kammgarnspinnerei, die Stickerei- und Spitzenherstellung sowie die Wirkerei und Strickerei, waren hier vor dem Zweiten Weltkrieg überdurchschnittlich vertreten. In der DDR gehörte die Branche mit rund 223 000 Beschäftigten und einem Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 5,5% (1989) zu den bedeutenden Wirtschaftszweigen. Mit der Einführung der Marktwirtschaft und der damit verbundenen Öffnung der Märkte wurde jedoch ziemlich schnell klar, dass viele Betriebe dem Wettbewerb nicht gewachsen waren – und ein kräftiger Schrumpfungsprozess folgen würde.

Westdeutsche und ausländische Textilerzeugnisse wurden unmittelbar nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von der ostdeutschen Kundschaft – u. a. wegen der günstigeren Preise, ihrer häufig besseren Qualität und modischen Aktualität – den Angeboten einheimischer Betriebe vorgezogen. Das trug dazu bei, dass bereits im 2. Halbjahr 1990 rund 60% weniger Waren produziert wurden als im 2. Halbjahr 1989. Mit dem Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion ging wenig später auch der osteuropäische Markt weitestgehend verloren. Neben vielen Betriebs-

schließungen kam es zu drastischen Produktionseinschränkungen in den verbliebenen Betrieben. Im Branchenschnitt war die Produktion bis zum Spätsommer 1993 rückläufig. Erst danach schwenkte die Textilindustrie auf einen Wachstumspfad ein, den sie bis jetzt nicht verlassen hat. Die Restrukturierung der Betriebe, die durch die zögerliche Privatisierung häufig erst spät in Gang kam, trägt offenbar immer mehr ihre Früchte; so u. a. aus der Modernisierung der Anlagen, in die von 1991 bis 2000 rund 3 Mrd. DM investiert worden sind.

Im Zeitraum von 1995 bis 2000 hat sich die Produktion der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten um etwas mehr als die Hälfte erhöht. Der Umsatz ist im gleichen Zeitraum um 43 Prozent auf rund 3 Mrd. DM angewachsen. Dabei nahmen die Erlöse aus dem Absatz von gewirkten und gestrickten Stoffen, textilen Bodenbelägen, Vliesstoffen und sonstigen textilen Erzeugnissen überdurchschnittlich zu (Verdoppelung bzw. fast Verdreifachung des Umsatzes). Die Exporte sind gegenüber 1995 um rund 80% auf 660 Mio. DM ausgeweitet worden. Die Exportquote hat jedoch im Vergleich zu 1997 nur geringfügig zugenommen. Demgegenüber haben die Betriebe in Westdeutschland ihre anteiligen Auslandslieferungen von 1997 bis 2000 von 31% auf 36% steigern können.

Die Arbeitsproduktivität haben die Betriebe durch Personalabbau, die Modernisierung der Anlagen und weitere Maßnahmen erheblich verbessern können; von 1995 bis 1999 um etwa 30%. 1999 erreichten sie – nach Berechnungen des DIW – knapp 70% des Produktivitätsniveaus der Textilfirmen in Westdeutschland. Der Rückstand hängt u. a. mit der um etwa 30% geringeren Betriebsgröße, wodurch z. B. Skalenerträge längst nicht in dem Umfang realisiert werden können, und der um etwa 40% niedrigeren Kapitalintensität zusammen.

Ein weiteres Problem stellt die noch unzureichende Ertragslage dar. Viele Betriebe haben Schwierigkeiten, ausreichend Gewinne zu erwirtschaften. Dadurch bleibt ihre Eigenkapitalsituation angespannt und die Finanzierung von Folgeinvestitionen beeinträchtigt.

*Siegfried Beer*  
(sbr@iwh-halle.de)

<sup>34</sup> Mit dieser Branchenskizze beendet das IWH vorläufig die Beitragsserie über die Entwicklung von Industriebranchen in den neuen Bundesländern. Seit Februar 1999 wurden Untersuchungsergebnisse für insgesamt 16 Zweige vorgestellt.

<sup>35</sup> Beschäftigtenzahl, die auch die Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten berücksichtigt.

Tabelle:

Die ostdeutsche Textilindustrie<sup>a</sup> von 1995 bis 2000 in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997	1998	1999	2000
I.	<b>Ausgewählte Kenndaten</b>							
1.	Betriebe	Anzahl	224	220	216	223	233	239
2.	Beschäftigte <sup>b</sup>	1 000 Pers.	16,3	15,8	16,0	17,1	17,8	18,2
3.	Produktionsindex (1995=100)	%	100,0	106,8	112,9	132,7	139,7	153,2
4.	Umsatz insgesamt <sup>c</sup>	Mio. DM	2 079	2 213	2 486	2 772	2 730	2 962
4.1.	Inlandsumsatz <sup>c</sup>	Mio. DM	1 716	1 793	1 934	2 205	2 171	2 301
4.2.	Auslandsumsatz <sup>c</sup>	Mio. DM	363	420	552	567	559	661
	<i>Exportquote</i>	%	17,5	19,0	22,2	20,5	20,5	22,3
5.	Erzeugerpreisindex (1991=100)	%	104,3	104,1	103,8	104,3	-	-
6.	Bruttowertschöpfung <sup>d*</sup>	Mio. DM	605	665	801	.	.	.
	<i>Vorleistungsquote*</i>	%	72,0	71,4	67,4	.	.	.
7.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	311	303	333	382	224	.
II.	<b>Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen</b> (Umsatz insgesamt = 100)							
	Weberei	%	17,5	19,0	19,6	19,8	18,1	18,7
	Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei	%	23,6	21,1	22,3	21,1	17,3	16,9
	Konfektionierte Textilwaren (ohne Bekleidung)	%	15,2	15,8	13,9	13,0	14,5	12,7
III.	<b>Anteile der Branche am Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands:</b>							
	Beschäftigte	%	2,8	2,8	3,0	3,0	3,1	3,0
	Umsatz	%	1,7	1,8	1,8	1,8	1,7	1,6
	Auslandsumsatz	%	2,5	2,7	2,6	2,0	1,8	1,7
	Bruttowertschöpfung*	%	1,8	1,9	2,1	.	.	.
	Bruttoanlageinvestitionen	%	2,1	2,1	2,3	2,9	1,9	.
IV.	<b>Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:</b>							
1.	Arbeitsproduktivität <sup>e*</sup>	O 1 000 DM	39,9	44,9	53,6	.	.	.
		W 1 000 DM	72,1	78,1	81,5	.	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert <sup>c*</sup>	O %	106,7	105,4	100,1	.	.	.
		W %	100,4	99,2	97,8	.	.	.
3.	Lohnstückkosten <sup>f*</sup>	O %	72,9	67,5	57,9	.	.	.
		W %	66,1	64,0	61,4	.	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O 1 000 DM	29,2	30,3	31,2	32,1	32,1	33,2
		W 1 000 DM	47,8	49,3	50,1	50,8	51,4	53,2
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten <sup>g</sup>	O 1 000 DM	19,5	19,3	20,7	22,2	13,8	.
		W 1 000 DM	7,6	8,0	8,1	9,3	10,1	.

<sup>a</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93); Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer: \* Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – <sup>b</sup> Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – <sup>c</sup> Ohne Umsatzsteuer. – <sup>d</sup> Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – <sup>e</sup> Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – <sup>f</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen. – <sup>g</sup> Beschäftigtenzahl: September des jeweiligen Jahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Geschäfte im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe laufen gut, Aussichten trüben sich ein

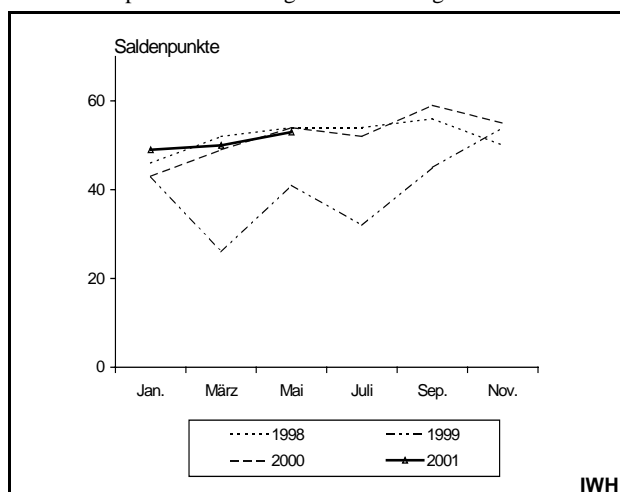
Laut IWH-Umfrage unter rund 300 ostdeutschen Industrieunternehmen blieb das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2001 verhalten positiv. Die Geschäftslage wurde gegenüber der Märzumfrage etwas besser beurteilt. Die Aussichten wurden zwar gleich gut bewertet wie in der vorangegangenen Umfrage, im Vergleich zum Vorjahr aber deutlich schlechter.

Der Saldo aus positiven und negativen Antworten zur *Geschäftslage* beträgt 53 Punkte und übertrifft den Stand der Märzumfrage um 3 Punkte. Damit liegt er auf dem Niveau vom Vorjahr. Insgesamt bewerten nach wie vor drei Viertel der Unternehmen ihre geschäftliche Situation

Die *Geschäftsaussichten* werden annähernd so optimistisch bewertet wie in der vorangegangenen Umfrage. Die Erwartungen an die künftige Entwicklung gaben lediglich um 1 Punkt nach, sodass der Saldo aus positiven und negativen Meldungen 56 Punkte beträgt. Der Vergleich mit dem Vorjahresniveau zeigt dagegen einen kräftigen Rückgang der Geschäftserwartungen, was eine Verlangsamung des Produktionswachstums signalisiert.

Hier wird die unterschiedliche Entwicklung der fachlichen Hauptgruppen, die bereits bei der Lagebeurteilung deutlich wurde, bekräftigt. Insbesondere die Produzenten von Vorleistungsgütern schätzen ihre Geschäftsaussichten sowohl schlech-

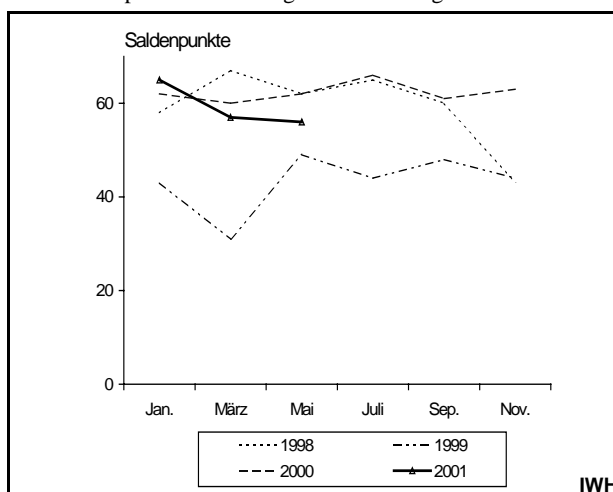
Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

mit „gut“ oder „eher gut“. Der Pessimismus unter den Unternehmen breitete sich bei einem Anteil der Negativurteile von 6% nicht weiter aus. Obwohl die Stimmung unter den Unternehmen insgesamt gut ist, lassen sich doch erste Anzeichen einer nachlassenden Konjunktur nicht übersehen. Die Geschäftslage wird vom Vorleistungsgütergewerbe wesentlich verhaltener beurteilt als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und weist im Vorjahresvergleich einen kräftigen Rückgang auf. Dagegen bewerten die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten ihre geschäftliche Situation deutlich besser als im Vorjahr, was auf Impulse von der Inlandsnachfrage schließen lässt.

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

ter als in der vorangegangenen Umfrage als auch im Vorjahresvergleich ein. Hierzu trägt hauptsächlich die außerordentlich pessimistische Stimmung bei den baunahen Branchen wie der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden infolge der anhaltenden Bauflaute bei. Dagegen setzen die Ge- und Verbrauchsgüterhersteller, hierunter insbesondere die Nahrungsgüterproduzenten geradezu euphorische Erwartungen in die nächsten 6 Monate (vgl. Tabelle). Sie bauen wohl auf wachsende Käufe der privaten Haushalte in Verbindung mit dem Anstieg der Nettoeinkommen aus den Steuererleichterungen.

Bärbel Laschke (lsk@iwh-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – Mai 2001

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 00	Mrz 01	Mai 01	Mai 00	Mrz 01	Mai 01	Mai0 0	Mrz 01	Mai 01	Mai 00	Mrz 01	Mai 01	Mai 00	Mrz 01	Mai 01
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>32</b>	<b>43</b>	<b>42</b>	<b>45</b>	<b>20</b>	<b>18</b>	<b>17</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>6</b>	<b>54</b>	<b>50</b>	<b>53</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	36	29	35	43	42	39	19	21	18	2	8	9	58	41	46
Investitionsgüter	32	35	25	42	44	53	25	16	19	1	6	2	48	57	57
Ge- und Verbrauchsgüter	31	40	33	45	41	48	20	13	14	4	7	5	52	61	62
dar.: Nahrungsgüter	38	39	38	42	38	44	18	11	14	3	11	4	58	55	64
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	32	22	21	37	36	39	27	28	26	4	14	15	38	16	18
50 bis 249 Beschäftigte	30	38	34	44	40	51	23	17	12	3	4	3	49	56	70
250 und mehr Beschäftigte	43	32	38	47	51	38	10	11	19	0	5	5	80	68	51
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen	33	31	30	44	41	43	20	20	20	3	7	7	54	45	46
darunter:															
Westdt./ausl. Investoren	35	30	30	46	49	45	18	16	18	1	5	6	62	57	50
Management-Buy-Outs	16	27	24	51	40	40	26	27	24	8	6	11	33	33	29
Reprivatisierer	46	29	32	32	39	37	18	20	19	5	11	12	55	36	37
Neugründungen	38	33	20	40	39	50	21	18	21	2	10	9	55	43	39
Geschäftsaussichten															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>28</b>	<b>49</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>18</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>62</b>	<b>57</b>	<b>56</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	36	25	28	46	50	44	17	21	21	1	4	7	63	49	44
Investitionsgüter	28	37	24	54	43	56	17	13	15	0	7	5	65	60	59
Ge- und Verbrauchsgüter	29	31	29	50	54	57	19	12	13	2	3	1	58	70	73
dar.: Nahrungsgüter	35	30	39	49	52	51	16	14	10	0	4	0	68	64	80
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	28	21	16	49	44	44	21	26	29	2	9	11	53	30	19
50 bis 249 Beschäftigte	28	31	30	52	52	57	18	15	12	2	2	1	60	66	74
250 und mehr Beschäftigte	43	33	35	42	47	43	15	14	16	0	6	5	70	61	57
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen	31	26	26	50	50	49	18	20	21	1	4	4	62	53	50
darunter:															
Westdt./ausl. Investoren	37	30	26	46	53	51	17	15	18	0	2	5	65	67	54
Management-Buy-Outs	12	19	22	68	51	41	17	28	35	3	2	2	59	40	26
Reprivatisierer	32	21	22	42	49	55	23	21	18	3	9	5	48	40	55
Neugründungen	35	33	20	45	48	46	18	12	25	2	6	9	60	63	32

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2001 vorläufig. – <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 93 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.